

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementssatz M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu bezahlen durch
die Postanstalten. Alle Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kaiser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenverkauf: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedhofstr. 2.

Inserate für die vierseitige Zeitung über einen Raum 50 Pf.
Vergnügungsanzeigen und Werbungsvermittlungen 20 Pf.
Versammlungsanzeigen 15 Pf.

Der Kampf auf den Werften erfolgreich beendet!

Am 8. Oktober ist es nach langwierigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiterorganisationen und den Beauftragten des Gesamtverbandes der Metallindustriellen zu einer Vereinbarung über die Beilegung der Differenzen auf den Schiffswerften gekommen. Das bedeutet, dass die Aussperzung der Werftarbeiter aufgehoben wird, und die für den 8. Oktober in Aussicht genommene Aussperzung in der gesamten Metallindustrie unterbleibt.

Die lebte Bewegung der Arbeiter auf den Schiffswerften nahm einen alten Charakter an mit der am 10. Juli dieses Jahres abgehaltenen Konferenz der Werftarbeiter, an welcher Vertreter aller Arbeiterkategorien aus sämtlichen in Betracht kommenden Werftorten teilnahmen. Nunmehr hatte es ja schon lange auf den Werften und die Arbeiter hatten immer dringender die Aenderung der unhalbbar gewordenen Zustände verlangt. Um die Bewegung zur Verbesserung der Verhältnisse in geregelte Bahnen zu leiten, war vor zwei Jahren die Zentralwerftkommission gebildet worden, in welcher die auf den Werften interessierten Zentralverbände vertreten waren. Diese Kommission hatte gegenüber manchen Arbeiterkategorien, die den Leitpunkt für das Loszuschlagen kaum erwarteten könnten, einen schweren Stand. Endlich, im Sommer dieses Jahres, schien die Situation günstig.

Auf der erwähnten Konferenz wurde eine "Vorlage zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der auf den Schiffswerften beschäftigten Arbeiter" ausgearbeitet. Die aufgestellten Forderungen richteten sich in der Hauptsache auf folgende Punkte: Verkürzung der bisher 57 Stunden (in Hamburg 58 Stunden) betragenden Arbeitszeit auf 55 Stunden wöchentlich, Errichtung von Arbeiterausschüssen, wöchentliche Lohnzahlung am Freitag, Erhöhung der Löhne in der Weise, dass die seitherrigen Wochenlöhne auf 55 Stunden umgerechnet und um 10 Prozent erhöht werden, und eine gleichartige Erhöhung der Einstellungs-löhne sowie Garantie eines bestimmten Mindestüberverdienstes bei Auftragserhalt. Die weiteren Forderungen bezogen sich auf den Inhalt der Arbeitsordnungen, die Bestimmungen über die Verteilung und Auszahlung der Auftragsüberschüsse, Regelung der Überzeitarbeit und der hierfür zu zahlenden Zusätze usw. enthalten sollten.

Diese Forderungen wurden von den Unternehmern glatt abgelehnt. Sie teilten die Ablehnung den Arbeitern in einem vom 26. Juli datierten Schreiben mit und bemerkten hierbei, dass sie bereit seien, die Gründe für die Ablehnung den Vertretern der Arbeiterorganisationen auch mündlich mitzuteilen. Die Werftbesitzer wollten also nicht verhandeln, sondern den Arbeitervertretern nur mündlich wiederholen, dass sie die Billigung der Forderungen rundweg ablehnen. Sich an einer derartigen Komödie zu beteiligen, hatten die Arbeitervertreter keine Veranlassung, und sie verzichteten deshalb auf ein solches Zusammenkommen. Am 31. Juli fand wieder eine Konferenz der Werftarbeiter statt, in welcher beschlossen wurde, nunmehr zunächst in Hamburg vorzugehen. Den Hamburger Werften wurden nun sofort die Forderungen überreicht, die, wie nichts anderes zu erwarten war, abgelehnt wurden. Am 8. August hielten die Hamburger Werftarbeiter neun große Versammlungen ab, in welchen übereinstimmend die Arbeits-einstellung beschlossen wurde, die am folgenden Tage erfolgte. Nunmehr beschloss die Gruppe deutscher Schiffswerften, ihren Hamburger Mitgliedern mit einer Aussperzung zur Hilfe zu eilen. Am 11. August wurden 80 Prozent der Werftarbeiter aussperkt, worauf die übrigen 20 Prozent die Arbeit ebenfalls einsiedeln.

Der Kampf breitete sich bald auch auf eine Reihe solcher Betriebe aus, die sonst mit den Werften nichts zu tun haben, da dort, wo die Unternehmer Streikarbeit übernommen hatten, die Arbeiter die Arbeit einstellen. Die während des Kampfes verbreitete Nachricht, dass die Reichsregierung beabsichtigte, Verhandlungen einzuleiten, wurde demontiert, und so nahm denn der Streik seinen Fortgang. Nach einer am 20. August veröffentlichten Zusammenstellung betrug die Zahl der Ausspererten und Streikenden 2212, doch kann diese Zahl auf absolute Genauigkeit keinen Anspruch erheben. Unter den Aussändigen befanden sich etwa 2000 Holzarbeiter.

In den letzten Tagen des August schien es, als sollte eine Wendung der Dinge eintreten. Von Seite aus bot sich eine Stelle, die sich hierfür geeignet hielt, den Parteien

zur Vermittlung an. Die Werftbesitzer erklärten sich jetzt auch geneigt, zu verhandeln. Aber bei dem mündlichen und schriftlichen Meinungsaustausch zwischen den Parteien zeigte es sich bald, dass die Aktion allem Anschein nach den Werftbesitzern, wenn nicht direkt zu dem Zweck inszeniert, so doch sicher dazu benutzt wurde, um die Arbeiter der Offenheit gegenüber zu diskreditieren, als ob sie Verhandlungen ablehnen. Die Unternehmer wollten nämlich den Arbeitern vorschreiben, durch wen sie sich bei den Verhandlungen vertreten lassen sollen, und verlangten insbesondere die Teilnahme von drei Gelben an den Verhandlungen. Dabei mussten sie sich doch im voraus sagen, dass die Arbeiter eine solche Zutatung gar nicht annehmen konnten.

In diesem Stadium des Kampfes griff der Gesamtverband der Metallindustriellen ein, dem die Gruppe Schiffswerften angegliedert ist. Neben die Gründe, die den Gesamtverband jetzt zum Eingreifen veranlassten und die ihn bewogen, die Werftbesitzer so lange allein zu lassen, lässt sich mancherlei vermuten, doch ist hierüber etwas Positives nicht bekannt. Die Tätigkeit des Gesamtverbandes begann mit einer Sitzung seiner Vertreter am 22. September, in welcher beschlossen wurde, am 8. Oktober 80 Prozent der in den Betrieben der Mitglieder beschäftigten Arbeiter auszusperren, wenn bis dahin die Arbeit auf den Werften nicht wieder aufgenommen ist. Zugleich aber erklärte sich der Gesamtverband dem Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes gegenüber zu Verhandlungen bereit. Vorschriften über die Zusammenfassung der Arbeitervertretung wurden nicht mehr gemacht. So konnte denn die Verhandlungskommission, welche auf der Arbeitseite Vertreter der beteiligten acht Zentralverbände sowie je ein Mitglied des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins und des christlichen Metallarbeiterverbandes angehörten, ihre Arbeit beginnen. Am 26. und 28. September wurde in Berlin verhandelt, und am 3. Oktober wurden die Verhandlungen in Hamburg fortgesetzt.

Es schien beinahe, als ob sich die Verhandlungen verschlagen sollten, da nicht daran zu denken war, die Billigung der Arbeiter zu den gar zu bescheidenen Zugeständnissen der Unternehmer zu erlangen. Die Arbeiterschaft hatte sich auch schon auf den Riesenkampf einzurichten begonnen. Der Vorsitz des Metallarbeiterverbandes, der ja von der Aussperzung in erster Linie betroffen worden wäre, hat in der letzten Nummer der "Metallarbeiter-Zeitung" einen Aufruf an die Mitglieder erlassen, in welchem die Situation geschildert und die Erhebung eines Eglabektrages von mindestens 20 Pf. pro Woche ausgeschrieben wurde. Zugleich wurde angekündigt, dass die Aussperren für die ersten vierzehn Tage auf Unterstützung aus Verbandsmitteln zu verzichten haben. Dieser Auordnung des Vorstandes wurde in einer großen Zahl von Orten von riesigen Versammlungen jubelnd angestimmt und verschiedentlich wurden noch weitergehende Beschlüsse gefasst. Das eine war klar, die Aussperungsandrohung hatte nicht, wie die Scharfmacher erwartet hatten, Kleinmutter unter der Arbeiterschaft erregt, sondern im Gegenteil die größte Begeisterung ausgelöst. Die Arbeiterschaft hatte den hingepfosten Feindhandschuh aufgenommen und erwartete kampfbereit den Angriff, bereit, ihn sofort mit geeigneten Maßnahmen zu erwideren.

So hatten sich die Metallindustriellen den Erfolg ihrer Drohung nicht vorgestellt. Dazu kam aber, dass die Wörse anfangt, unruhig zu werden. Eine Aussperzung, von welcher etwa eine halbe Million Arbeiter betroffen wird, muss das ganze Wirtschaftsleben auf das tiefste erschüttern, und für solche Aussichten ist die Wörse Jahr empfindlich. In der letzten Woche hatten die Aktien der in Betracht kommenden Werke nennenswerte Kursrückgänge zu verzeichnen, die beim Völlzug der Aussperzung ebenfalls noch bedeutender geworden wären. Diese Dinge dürften auf die Beschlüsse der Unternehmer wesentlich eingewirkt und sie zu größerem Entgegenkommen bewogen haben.

Zugestanden wurde eine Erhöhung der Einstellungs-löhne um 2 Pf. mit der Maßgabe, dass der niedrigste Einstellungslohn für volljährige Arbeiter in Hamburg 40 Pf. beträgt. (In den übrigen Werftorten soll der niedrigste Einstellungslohn noch vereinbart werden.) Außerdem werden die Löhne aller Arbeiter um 2 Pf. erhöht. Am 1. Januar 1911 wird die Arbeitszeit um eine Stunde wöchentlich verkürzt. Sie beträgt dann in Hamburg 55, in den anderen Werftorten 58 Stunden. Zu gleicher Zeit wird als Ausgleich

der Lohn um einen weiteren Pfennig erhöht. Auch wird die Lohnzahlung am Freitag eingeführt. Weitere Bestimmungen regeln die Auszahlung der Auftragsüberschüsse, die Zusätze von Überstunden usw. Auch ist die Einrichtung von Arbeiterausschüssen geplant.

Vergleicht man die erzielten Zugeständnisse mit den aufgestellten Forderungen, dann wird man den materiellen Erfolg des Kampfes nicht sehr bedeutend finden. Um so höher ist der ideelle Erfolg zu bewerten. Die Unternehmer wollten gar nichts bewilligen und sprachen in ihrem Schreiben sogar davon, dass sie eigentlich Lohnabzüge in Erwägung ziehen müssten. Sie haben die Arbeiter verhöhnt, indem sie ihnen zumuten, es als eine Koncession zu betrachten, dass ihnen gestattet werde, die mündliche Begründung der Ablehnung ihrer Forderungen anzuhören. Und nun ist es doch ganz anders gekommen, die Herren haben sich bequemen müssen, immerhin nennenswerte materielle Zugeständnisse zu machen.

Nicht gering ist die Tatsache anzuschlagen, dass sich der Gesamtverband der Metallindustriellen bequemen musste, seiner Gruppe Schiffswerften die Verkürzung der Arbeitszeit zu empfehlen. Es ist nur eine Stunde pro Woche zugestanden; sehr wenig im Vergleich zu den Arbeitszeitverkürzungen, die wir gewohnt sind, bei den Lohnbewegungen der Holzarbeiter zu erzielen. Aber diese eine Stunde ist von prinzipieller Bedeutung. Die Unterhändler der Metallindustriellen wussten wohl, weshalb sie jeder Arbeitszeitverkürzung so energischen Widerstand entgegensehen, und wir können verstehen, dass es ihnen sehr schwer fiel, dieses Zugeständnis zu machen. Um so höher ist dieser Erfolg für die Arbeiter zu bewerten.

Der Kampf auf den Werften ist nun beendet, und er hat gelehrt, dass die große Kapitalmacht, die hinter den Metallindustriellen steht, diese nicht unüberwindlich macht. Die Arbeiter haben durch planmäßiges, geschlossenes Vorgehen nicht nur materielle Vorteile erlangt, sondern die sich allmächtig dünkelnden Unternehmer genötigt, mit ihnen von Macht zu Macht zu verhandeln. Das muss das Selbstgefühl der Arbeiter haben und das Vertrauen zu den Gewerkschaften steigern. Das, was an materiellen Werten jetzt nicht erlangt wurde, wird bei günstiger Gelegenheit nachgeholt werden, vorausgesetzt, dass die Organisationen die notwendige weitere Stärkung erfahren. Die Zeit ist wohl nicht mehr fern, wo auch die Großunternehmer in der Metallindustrie erkennen, dass das friedliche Verhandeln, der Abschluss von Kartellverträgen auch für sie vorteilhafter ist, als das Bothen auf den Geldsack und der Versuch, die Arbeiter durch Aussperungsandrohungen bängig zu machen. Je stärker unsere Gewerkschaften sind, um so weniger haben wir Ursache, diese Drohungen zu fürchten!

Unsere Aufgaben gegenüber der Jugend.

— Das Holzgewerbe ist, wie viele andere Berufe, von der wirtschaftlich-technischen Umwälzung im besonderen Maße betroffen worden. In unserem Gewerbe hat nicht nur die Erziehung begio. Unterführung der menschlichen Arbeitskraft durch maschinelle Einrichtungen immer mehr angenommen, sondern ist vor allem eine bis ins kleinste gehende Arbeitsteilung und eine Spezialisierung der Produktion zu konstatieren. Das hat zur Folge gehabt, dass nicht nur die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte zunahm, sondern auch jugendliche Arbeitskräfte in größerem Umfang herangezogen wurden.

Jugendliche werden heute u. a. beschäftigt bei der Fabrikation von Müllinstrumenten, Goldleisten, Falzisen, Büsten- und Plastiken, Bleistiften; bei der Herstellung von Körben, Bambus, Stöcken, Spielwaren, Uhrgehäusen; ferner in Nähmaschinen- und Möbelfabriken, beim Waggonbau, auf den Werften und in der Zelluloid- und Kork-industrie. In vielen Branchen suchen im übrigen noch die Unternehmer den Erstengang für sich dadurch ertragreicher zu gestalten, dass sie eine Lehrlingszuchtrei im gesteigerten Maße betreiben. Nach der Betriebszählung von 1907 wurden in der Industrie der Holz- und Schnitstoffe 40 258 männliche und 3047 weibliche Arbeiter im Alter von 14 bis 18 Jahren gezählt, darunter 29 089 männliche und 410 weibliche Lehrlinge.

Dass die Entwicklung auf irgendeinem Gebiete Macht auf überkommene und bestehende Zustände nimmt, ist nicht zu erwarten. Niemals erstehen in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur anders geartete Verhältnisse, die auch eine Umformung der Ideen und eine Verfestigung im

Ginne dieser reformierten Anschaulungen zur Folge haben. Gerade der gewerkschaftlichen Bewegung werden so immer neue Aufgaben zugewiesen. Am ehesten wirtschaftlichen Interesse der Erwachsenen liegt es, wenn der Einfluss der Beschäftigung der Lehrlinge und jugendlichen Hilfsarbeiter auf den Arbeitsmarkt erkannt wird und daraus die nötigen Konsequenzen gezogen werden. Den Erwachsenen entsteht durch die zunehmende Beschäftigung der Jugendlichen, infolge der diesen gezeigten niedrigen Löhne, nicht nur eine empfindliche Konkurrenz, sondern leicht kann daraus auch eine Gefahr für unseren Lohnkampf erwachsen. Die wirtschaftlichen Interessen der Erwachsenen und Jugendlichen fallen schon hierin auf engste zusammen. Der Verband wird ganz selbstverständlich eifrig bestrebt sein, diese sich ergebenden gemeinsamen Interessen zu wahren. Das wird aber um so erfolgreicher geschehen können, wenn überall eine systematische und zweckentsprechende Aufklärungsarbeit unter den Lehrlingen und Jugendlichen betrieben wird.

Die Lehrlinge können am Kampf aktiv nicht teilnehmen. Da mehr es aber gelingt, diese über die wirtschaftlichen Verhältnisse aufzuklären und sie von den begründeten Kämpfen unserer Kollegen zu überzeugen, desto eher werden diese uns und damit wieder sich selbst nutzen können. Mit den Jugendlichen liegt es ähnlich. Diese werden um so geltender an unseren Bestrebungen und Kämpfen teilnehmen, je früher in ihnen die Erkenntnis von der Nichtigkeit und Möglichkeit derselben wachgerufen ist. Darum ist die Jugendfrage für uns nicht zum wenigsten eine Frage der Ausbildung und Erziehungsarbeit.

Die Kollegen müssen jede Gelegenheit benutzen, um die Jugendlichen und Lehrlinge für unsere Bestrebungen zu interessieren. Das wird um so wirksamer geschehen, je mehr der junge Nachwuchs bei der Arbeit ratend und helfend unterstützt wird. Eine Unterweisung in fachtechnischen Fragen, eine freundliche Aufklärung über das Verhalten bei der Arbeit, eine liebevolle Unterstützung in Fällen persönlicher Art, wird die beste Grundlage für den nötigen Einfluss auf die jugendlichen Elemente schaffen. Große Völkischen haben die Kollegen dadurch zu erfüllen, daß sie jedweder Schinderei entgegenwirken. Die Jugend muß beeinflußt werden vor den Brutalitäten der Meister und sonstigen Vorgesetzten, aber auch vor solchen Arbeitern, die aus verfehlten materiellen Interessen eine Drangsalierung wagen. Die Erwachsenen müssen energisch für Erhaltung von Gesundheit und Leben der Jugendlichen wirken. Um so eher werden die Unternehmer humanitären Anforderungen gerecht werden. Wenn die Lehrlinge und Jugendlichen sehen, daß die erwachsenen Arbeiter in ihnen nicht willkommenes Objekte der Ausnutzung erblicken, dann wird das Vertrauen um so größer werden. Dann wird auch erreicht, daß in den Jugendlichen das Selbstvertrauen größer wird und ein gewisses Maß von Selbständigkeit eintritt. Das ist nötig, damit sich die Jugend nicht in unnützes Räsonnieren ergeht, sondern durch eigenes Verhalten eine Besserung der Verhältnisse fördert. Die Jugend muß auch angehoben werden, die Fortbildungsschule zur weiteren Ausbildung einzustieg zu besuchen. Je mehr diese für den Schulbesuch interessiert wird, um so eher dürfte auch eine weitere Ausgestaltung des Lehrplans eintreten. Der Erwachsene sollte aber den jungen Freund beeinflussen, daß dieser seine freie Zeit nicht in düstergeschwängerten Kneipen und mit Verfolgen alkoholischer Getränke vertrödelt, sondern lieber einen Spaziergang unternimmt, ein Museum besichtigt und hier und da ein gutes Konzert oder eine gute Theatervorstellung besucht. Die Freude am Dasein wird dadurch vergroßert und der Mut für den Lebenskampf bedeutend gestärkt.

Den Zahlstellenverwaltungen ist im besonderen durch den Beschluß des Münchener Verbandstages ein weites Gebiet zur Betätigung überantwortet. Nebenall sollen besondere Zusammenkünfte für Lehrlinge und Jugendliche arrangiert werden, die entsprechend der beabsichtigten Wirkung nicht in den späten Abendstunden stattfinden dürfen. Daß die Unentgeltlichkeit solcher Veranstaltungen und die Ausschaltung jedes Trinkzwanges als selbstverständlich gilt, bedarf keiner besonderen Betonung. Den jungen Nachwuchs im Gewerbe kann in solchen Zusammenkünften ungemein nützliche Belehrung zuteil und praktisches Wissen beigebracht werden. Im Hintergrund steht die sachgemäße Aufklärung über Lehrlings- und Jugendschutz. Nicht nur die allgemein-menschliche Seite muß behandelt werden, sondern die §§ 105 bis 127 der Gewerbeordnung und die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches müssen besprochen werden. Damit zusammenhängend, verlangt das Wesen und die Bedeutung des Arbeitsvertrages eine besondere Berücksichtigung. Anschließend daran empfiehlt es sich, die Lehrlinge mit dem Handwerksgebot, dem Innungsweisen usw. vertraut zu machen. Dort, wo Arbeiterschreiber vorhanden sind, ist es zweckmäßig, diese zur Unterstützung heranzuziehen. Dadurch ist auch um so leichter die Möglichkeit gegeben, die Jugend in die Sozialpolitik einzuführen und ihnen die Bestimmungen der Arbeiterversicherungsgesetze klar zu machen. Das könnte auch nützlicherweise geschehen, soweit die Arbeiterschutzgesetze und unsere weitergehenden Forderungen in Betracht kommen.

Größeres Interesse verlangt auch die Behandlung der Gewerbehygiene. Erleben wir es doch täglich, wie wenig selbst die Erwachsenen um gesundheitliche Forderungen sich kümmern. Da gilt es der Jugend beizubringen, wie wichtig wichtige hygienische Einrichtungen, Ventilation, Staubabsaugung usw. sind, wie nötig es ist, für deren Anwendung zu sorgen. Aufklärung über die Gefahren in den einzelnen Branchen und über Verunreinigkeiten ist dringend erforderlich.

Ebenso darüber, daß durch Ordnung und Sauberkeit mancher Schaden verhindert werden kann. Eine Unterweisung über Konstruktion und Benutzung der Maschinen und Werkzeuge sowie der Schutzausrüstungen dürfte lebhafte Aufmerksamkeit finden. Als selbstverständlich gilt, daß fachtechnische Fragen in den Bereich der Aufgaben gehören, und daß es gut ist, hierfür geeignete Lehrkräfte zu gewinnen.

Wenn die Jugend so für uns interessiert ist und auch zu guten geselligen und künstlerischen Veranstaltungen eingeladen wird, dann wird diese, gerade auch aus beruflichen Dingen heraus, auch dem Gewerkschaftswesen größeres Verständnis entgegenbringen. Wir haben wahrlich alle Ursache, auch den Jugendlichen klar zu machen, daß das, was heute auf dem Gebiete der Arbeits- und Lohnverhältnisse an Besserungen besteht, nur erreungen worden ist durch die Jahrzehntelange mühevolle Organisationsarbeit und durch schwere, opfervolle Kämpfe. Die Schilderung der gewerkschaftlichen Kämpfe der Vergangenheit werden in der Jugend das Gefühl des Fledderhaften, den Trieb zur Nachahmung mindestens ebenso stark hervorrufen, als das früher geschah, wenn ihnen in der bürgerlichen Schule eine Heldenage vorgetragen wurde. Begeisterungsvoll wird die Jugend sich anschicken, das begonnene Werk fortzuführen.

Un geeignetem Stoff ist also bei der Aufklärungs- und Erziehungsarbeit unter dem jungen Nachwuchs kein Mangel. Die Lehrlinge werden dann dankbar unsere Einrichtungen benutzen und am Tage der beendeten Lehrzeit unter Benutzung der statutarischen Vergünstigungen dem Verbande beitreten. Die jugendlichen Arbeiter unter 17 Jahren werden aber schon jetzt dem Verbande sich anschließen, der sie zu den für die weiblichen Mitglieder geltenden Bedingungen aufnimmt.

Arbeiten die Verwaltungen dann noch darauf hin, daß die Jugendlichen an den Veranstaltungen der allgemeinen örtlichen Jugendausschüsse teilnehmen, dann wird die Jugend völlig im proletarischen Sinne aufgeklärt und damit unseren Gegnern entrissen. Es gilt, durch praktisches Handeln dahin zu wirken, daß in der Jugend der Geist der Kollegialität und Solidarität erwacht wird und in den Herz und Hirn eine dauernde Stärke findet.

Der Bock als Gärtner.

Der Vertragsgedanke bricht sich ungweifhaft in der Holzindustrie immer mehr Bahn, und es kann auch zu geben werden, daß die Messptierung der Vertreter durch die Parteien Fortschritte macht. Gewiß kommen noch recht viele Verslöcke vor, es steht jedoch zu erwarten, daß die jedesmalige Flüge durch die berufenen Instanzen erzieherisch wirken und dazu führen wird, daß wirkliche Vertragsverleihungen schließlich ganz verschwinden werden. Vorausehung hierfür ist aber, daß die zur Überwachung der Durchführung der Verträge eingesetzten Organe auch von dem festen Willen bestellt sind, energisch und objektiv ihre Pflicht zu erfüllen. Als solche Organe können in erster Linie die Leiter der beiderseitigen örtlichen Organisationen in Betracht. Wird bei der Auswahl dieser Personen nicht mit der erforderlichen Sorgfalt vorgefahren, dann stellen sich sehr bald Missständigkeiten ein, die eine feste Gefahr für den gewerblichen Frieden bilden.

Eine recht ungünstliche Hand hat der Arbeitgeberverband in Köln gehabt, wo er zu seinem Bezirksvorsitzenden Herrn Wilhelm August Jahn bestimmt und damit den Bock zum Gärtner gemacht hat. Herr Jahn ist Vorsitzender der vertraglich vorgesehenen örtlichen Schlichtungskommission, aber vereinigt in sich in hervorragendem Maße alle die Qualitäten, die ihn für eine solche Funktion unbrauchbar machen. Wir wollen diese Behauptung an der Hand einiger Beispiele belegen. Im Kölner Vertrag ist ein Durchschnittslohn festgelegt. Wegen der Bezahlung dieses Lohnes gab es bei der Firma Van Thiel Differenzen, die in der Sitzung der Schlichtungskommission vom 25. Mai zur Sprache gebracht wurden. Die Beschlusssatzung wurde vertagt, weil es sich um eine Frage handelte, über welche die Zentralvorstände eine generelle Entscheidung treffen sollten. In der Sitzung der Zentralvorstände vom 7. Juni wurde in der Sache ein Beschluß gefasst, der sofort nach Köln mitgeteilt wurde. Aber Herr Jahn nahm sich Zeit. Erst des Drängens unserer Kollegen ließ er sich erst herbei, am 28. August eine Sitzung der Schlichtungskommission einzuberufen, in welcher denn auch einstimmig beschlossen wurde, daß die Firma Van Thiel verpflichtet ist, den Durchschnittslohn rückwirkend auf zwei Wochen zu zahlen. Herr Jahn übernahm es, die Firma von dem Beschuß der Schlichtungskommission in Kenntnis zu setzen.

Trotzdem Herr Van Thiel vorher erklärt hatte, daß er sich dem Spruch der Schlichtungskommission fügen würde, erhielten unsere Kollegen ihr Geld aber immer noch nicht. Am 17. September beschwerten sich endlich die Kollegen, die bis dahin vergeblich gewartet hatten, und erfuhr dann zu ihrem Erstaunen, daß Herr Van Thiel noch keine Nachricht von der Schlichtungskommission habe. Unserem Bevollmächtigten teilte Herr Van Thiel mit, daß er selbst telefonisch bei Herrn Jahn angefragt hätte, und von diesem die Antwort erhalten habe, die Sache sei noch nicht so weit; er müsse wegen der Angelegenheit noch mit Berlin korrespondieren. Dabei hatte der Mann von der Schlichtungskommission lediglich den Auftrag erhalten, Herrn Van Thiel den Beschuß mitzuteilen! Dieser Mustervorsitzende einer Schlichtungskommission hat es dann richtig so weit gebracht, daß in einer Werkstattversammlung der einstimmige Beschuß gefasst wurde, am 1. Oktober die Arbeit niederzulegen, wenn der Beschuß der Schlichtungskommission nicht zur Ausführung gelangt. Daraufhin hat dann die Firma Van Thiel den schuldigen Lohn gezahlt.

Die Wahrheit ist lieb des Herrn Jahn illustriert noch ein anderer Fall. Bei den Verhandlungen über den Bauanschlagstarif war man sich Anfang Juli so weit einig, daß die noch strittige Frage des Durchschnittslohnes dem Einigungsamt zur Entscheidung übertragen werden soll. Herr Jahn übernahm es auch hier, Herrn Reichsamtvertreter Dr. Gauer zu ersuchen, den Vorschlag im Einigungsamt zu übernehmen. Das hätte nach der Geschäftsvorordnung binnen vier Tagen geschehen sollen. Unser Bevollmächtigter fragte, nachdem er eine Woche gewartet hatte, bei Herrn Jahn nach dem Stand der Dinge an. Er erhielt zur Antwort, daß Herr Dr. Gauer sich bereit erklärt habe, als Vorsitzender zu fungieren, doch wurde er den Tag der Sitzung selbst bestimmen, da er momentan keine Zeit hätte. Nachdem unser Bevollmächtigter in der Folge wiederholt, aber erfolglos sich an Herrn Jahn gewendet hatte, schrieb er endlich am 20. August selbst an Herrn Dr. Gauer. Dieser antwortete, daß er noch keinen Auftrag des Herrn Jahn vorliegen habe! Herr Jahn hat also die Beschlüsse der Schlichtungskommission nicht ausgeführt, seine Vertragspartner mit Unwahrheiten traktiert und alles getan, um die Schlichtungskommission lähm zu legen.

Aber damit sind seine Heldentaten nicht erschöpft. Herr Jahn legt gleiche Eigenschaften, die er seinem Vertragspartner bewiesen, auch seiner eigenen Verbandsleitung gegenüber an den Tag. Merkwürdigweise hat auch Herr Mahardt das, was er von seinem Kölner Bezirksvorsitzenden erfuhr, für bare Münze genommen und sich dadurch zu einem Artikel in Nr. 40 der "Fachzeitung" begeistern lassen, dem er die Überschrift: "Ein Schlußbürgerstück aus Köln" gab. Der Centralvorstand des Schuhverbandes verfällt darin in seinen alten Fehler, die Schwäche seiner Argumente durch eine robuste Ausdrucksweise zu verhüllen. Wem will er denn damit imponieren? Die Anerkennung des Kölner Gewerbegeichts ist, wie Herr Mahardt wissen sollte, doch keine ganz ungefährliche Sache; hat er sich dabei doch schon einmal die Finger verbrennen. Und das Poltern gegen unseren Kollegen Schulz ist nur geeignet, den Spott herauszufordern. Geht doch der Vorsitzende des Schuhverbandes allen Ernstes so weit, an unseren Verbandsvorstand das naive Verlangen zu richten, er möge den Kollegen Schulz veranlassen, der Firma Bornheim den Betrag von 5,90 M. zurückzuerstatten, den sie auf Grund eines rechtskräftigen Gewerbegeichtsurteils zu zahlen gezwungen war. Nein, Herr Mahardt, solche Märchen ziehen nicht! Wir wollen ihm ja im vorliegenden Fall gern als mildrenden Umstand anrechnen, daß er von seinem Freund Jahn in Köln herein gelegt wurde. Aber gerade der Umstand, daß sich seine Kenntnis der Dinge auf den Bericht eines so unsicheren Mandanten aufbaut, hätte ihn verlassen sollen, diesen Fall, bei dem für den Schuhverband keine Ehre zu holen ist, vorsichtiger zu behandeln.

Der Fall, um den es sich handelt, liegt folgendermaßen: Der Kollege Kuhn hat bei der Firma Bornheim einen Aktordertiggestellt, bei welchem er mit dem vereinbarten Preis nicht aus kam. Er erhob, gestützt auf den § 5 Abs. 3 des Tarifvertrages, Anspruch auf Nachzahlung der Differenz im Betrage von 5,90 M., welcher jedoch von der Firma nicht anerkannt wurde. Als der Streitfall in der Schlichtungskommission zur Sprache gebracht wurde, erklärte der anwesende Vertreter der Firma Bornheim, das Defizit sei dadurch entstanden, daß der Arbeiter verschiedentlich "blau" gemacht habe. Unsere Vertreter schenkten dieser Aussage Glauben und stimmten der Abweisung des Einspruches zu. Damit war jedoch der Kollege Kuhn nicht einverstanden. Da er sich in seinem Rechte fühlte, und insbesondere der Vorwurf des "Blaumachens" unbegründet war, erhob er Klage vor dem Gewerbegeicht. Hier war als Zeuge und Sachverständiger Herr Jahn geladen, der ganz merkwürdige Proben von Sachkenntnis ablegte. Zu dem § 5 des Vertrages, der von der Aktordertig handelt, lautet der Absatz 3:

"Bei Arbeitern, welche mindestens vier Wochen im Betriebe tätig sind, oder deren Leistungen dem Arbeitgeber bekannt sind, gilt der Grundlohn, daß der vereinbarte Lohn bezahlt werden muß; diesen Arbeitern wird der Stundenlohn als Abschlagszahlung gewährt."

Der "Sachverständige" Jahn machte nun dem Gericht weiß, daß unter dem "vereinbarten Lohn" der Aktordertig gemeint sei. Da der Arbeiter diesen erhalten habe, hätte er weiter keinen Anspruch. Daraufhin wurde unserem Kollegen vom Gerichtsvorsitzenden geraten, seine Klage zurückzuziehen, welchem Mal er, um einer Abweisung vorzubeugen, auch Folge leistete. Er war jedoch mit dieser Behandlung seines Rechtsanspruches durchaus nicht zufrieden und beklagte sich auf unserem Verbandsbüro über die ihm widerfahrenen Behandlung. Nach Lage der Dinge mußte ich die Zahlstellenverwaltung eingreifen, um zu verhindern, daß durch einen solchen Präzedenzfall die vertraglich gesicherte Lohngarantie bei Aktordararbeit fortgesetzte werde. Der Bevollmächtigte der Zahlstellen, Kollege Schulz, übernahm deshalb bei der erneut anhängig gemachten Klage die Vertretung des Kollegen Kuhn und erreichte auch, daß trotz der erneuten Versuche des Herrn Jahn, den Sinn des Vertrages in sein Gegenteil zu verkehren, dem Kollegen Kuhn sein Lohn zugesprochen wurde.

Das nennt nun Herr Mahardt ein "Schlußbürgerstück". Wie sind der Meinung, daß es sich um eine durchaus notwendige Abwehr eines vom Vorsitzenden der

Warnung vor Zugang!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:

Eisgläsern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Nürnberg (E. Seidel), Berlin (Maderich), Bünde, Colmar i. Els., Cunnersdorf (Sachsen), Delmenhorst (Wagenfabrik Tönjes), Enden, Eisenberg (Glutstischler), Feuerbach, Freiberg i. S., Wiesbaden (G. Müller), Glashütte (Albin Kreil, Zimmermeister), Gnesen (Busse), Grohn (Müller), Hameln (Stahlrahmefabrik Brune), Kaiserslautern (Eck), Lassan in Pommern, Lemgo (Eitmeier), Wadewitz, Wiesbaden, Wiesbaden (Kroder und Kluge), Wadewitz, Reichenberg in Böhmen, Schwerin a. d. Warthe (Genossenschafts-tischlerei), Saarbrücken, Segeberg, Stolp in Pommern, Trebbin, Wegebach (Müller, Moschage, Sievers, Cordes), Wiedau (Dornbirn), Weizensee (Genossenschaft), Willau (Krebs), Wildau, Berbst (Bucher), Biegenhals, Kistenmachern nach Berlin, Leipzig.

Klavierarbeitern nach Berlin (Maderich), Borna bei Leipzg, Coblenz (Neulinsche Pianofortefabrik, Möbelgläsern nach Hamburg, Harburg a. S., Leipzig (Krause), Bürich (Wiedeslohr und Schneller).

Harmonikafabriken, Polsterern und Maschinenarbeitern nach Altenburg, S. Altenb. (Kahnt u. Mihmann).

Barakkenelegern nach Weimar (Heber).

Schuhbauern nach W. Holland; Willau (Krebs), Bergoldern und Goldbleisensmashern aller Brauchen nach Burg bei Magdeburg.

Kornmühern nach Glückstadt (Nahle), Rheinfelden in der Schweiz.

Drehern nach Stolp in Pommern.

Knopfmachern nach Frankenhause.

Pantinenmachern nach Eisenberg, S. M., Mellinghausen.

Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.

Werstarbeitern nach Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Bremen, Wegebach, Osterholz-Scharmbeck, Ginswarden, Kiel, Stettin, Rostock, Flensburg, Grabow i. M. (Hindemann).

Kammacher nach Erlangen.

Schlichtungskommission, nämlich Herrn Jahn, unternommenen Angriffs gegen den Vertrag handelt. Wenn schon unser Verbandsvertreter ein Vorwurf trifft, dann nur der, daß er der Aussage des Vertreters der Firma Bornheim in der Sitzung der Schlichtungskommission Glauben schenkte. Er wird aber aus dem Vorgang die Lehre ziehen, daß man den Behauptungen der Unternehmer niemals ohne weiteres Glauben schenken darf.

Der Fall ist übrigens damit noch nicht zu Ende. Herr Jahn hat kürzlich die von den Arbeitervertretern beantragte Einberufung einer Sitzung der Schlichtungskommission abgelehnt, mit der Begründung, daß unsere Zahlstelle Köln Vertragsbruch begangen hätte. Den findet Herr Jahn darin, daß der Fall Kuhn-Bornheim vor das Gewerbege richt gebracht worden sei, obwohl die Schlichtungskommission den Kläger einstimmig abgewiesen habe. Da wiewohl hier ein Vertragsbruch vorliegt, ist das Geheimnis des Herrn Jahn. Wenn sich auch Herr Nahardt für dessen Aussöhnung ins Zeug legt, so heißt es doch den Begriffen Gewalt antun, wenn aus dem Vertrag gefolgt werden wollte, daß die Anrufung des Gewerbegerichtes in Fällen, in denen die Schlichtungskommission gesprochen hat, ungültig sein sollte. Unum dann, wenn, wie im vorliegenden Fall, die Schlichtungskommission auf Grund falscher Information einen offensären Fehl spruch gefällt hat.

Es scheint aber, daß es Herrn Jahn in der Hauptsache darum zu tun ist, die Schlichtungskommission, die er seither schon nach Möglichkeit diskreditiert hat, vollständig aus der Welt zu schaffen. Unsere Kollegen würden dem Institut, wie es sich unter der Leitung des Herrn Jahn gestaltet hat, keine Träne nachweinen. Etwas anderes aber ist es, ob die Zentralleitung des Arbeitgeberverbandes damit einverstanden ist, daß ihre Organe beträchtliche Einrichtungen in der Weise in Grund und Boden wirtschaften.

Man kann es verstehen, daß es manchem Kramier, der noch in den alten Überlieferungen gefangen ist, schwer fällt, sich in die neuen Verhältnisse zu schicken. Sie müssen sich eben daran gewöhnen, daß die Zeit, in der die Unternehmer allein die Arbeitsbedingungen festsetzen, vorüber ist, daß auch die Arbeiter bei den Dingen ein Wort mitzusprechen haben. Die Tarifverträge sind kein Geschenk der Unternehmer an die Arbeiter, das einseitig zurückgenommen werden kann. Beide Teile fahren am besten, wenn sie sich in loharter Weise den vertraglichen Bestimmungen unterordnen. Wenn Sitten, wie sie der Vorsitzende der Kölner Schlichtungskommission zur Einführung bringen will, Brauch werden sollen, dann dürfte sich das Interesse unserer Kollegen an Tarifverträgen rasch abschwächen. Ob das aber den Wünschen der Unternehmer entsprechen würde, darf billig bezweifelt werden.

Kirchliche Autorität und christliche Gewerkschaft.

II.

n. Der größere Teil der Biederlack'schen Schrift beschäftigt sich mit der Frage nach der sittlichen Erlaubt heit des Streiks. Bekanntlich sind die Führer der Fachabteilungsbewegung Gegner des Streiks, und zwar aus wirtschaftlichen wie aus sittlich-religiösen Gründen. Sie berufen sich dabei auf päpstliche Kundgebungen, namentlich auf die sogenannte Arbeiterencykika Leo XIII aus dem Jahre 1891, sodann aber auch auf die Lehren katholischer, besonders jesuitischer Moraltheologen. Es ist eine undankbare Aufgabe, den Leuten in die vorgezwungenen Gedanken gänge der jesuitischen Moralisten zu folgen, von denen der eine den andern und jeder sich dann noch, je nachdem wie man das Kirchenlatein seiner Schriften deutet, selber widerlegt. Biederlack kommt, was unter solchen Umständen nicht weiter verwunderlich, zu dem Ergebnis, daß die Führer der Berliner Richtung im Irrtum sind, wenn sie die katholischen Moralisten als Zeugen für die sittliche Unerlaubtheit des Streiks hinstellen. Biederlack beweist im Gegenteil als „allgemeine Ansicht“ der Moralisten, daß der Streik auch dann nicht ungerecht sei, wenn es sich um eine „erlaubte Besserstellung der nicht ungerechten Arbeitsbedingungen“ handele — wobei selbstverständlich die Ansichten darüber, unter welchen Umständen eine Besserstellung „erlaubt“ ist, in der Praxis weit auseinandergehen. Biederlack ist denn auch so vorsichtig, sich in dieser Beziehung den Rücken frei zu halten, indem er hinzufügt, daß er „mit vorstehendem keineswegs die Streitpraxis fördern“ wolle. „Wir schließen uns“ — so schreibt er — „selbstverständlich rückhallos den Moraltheologen an, welche, wenn sie den Streit behandeln, vor jedem nicht nur ungerechten oder lieblosen, sondern auch unüberlegten Vorgehen warnen und die verschiedenen wirtschaftlichen wie auch sittlichen Schäden, die der Streit herbeizuführen pflegt, aufzählen. Auch ist oft genug und mit hinreichendem Nachdruck auf den Unterschied, der zwischen den einzelnen Streiks besteht und für die sittliche Beurteilung des selben von Wichtigkeit ist, aufmerksam gemacht worden“ — ein Satz, den die Berliner mit Freuden notiert haben zum Beweise, daß Pater Biederlack mit ihnen übereinstimme. In der Tat kommt die Beweisführung der jesuitischen Streitgelehrten im Grunde auf das Ergebnis hinaus: Selbstverständlich, ihr Arbeiter, ist euch der Streik sittlich erlaubt, aber macht um Gottes Willen keinen Gebrauch davon! Das letzte Kapitel der Schrift des gelehrten Jesuiten ist dem Interkonfessionalismus gewidmet. Man weiß, daß die Gründer der christlichen Gewerkschaften ursprünglich rein katholische Organisationen im Auge hatten. Wenn die erste christliche Gewerkschaft, der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, sich auf interkonfessionelle Grundlage etablierte, so geschah das aus dem Grunde, weil man sich sagte, daß in dem gemischt konfessionellen Industriegebiet im Westen mit seinen scharfen Gegensätzen politischer Art eine rein konfessionell katholische Bergarbeiterorganisation sofort als ultramontanes Unternehmen gekennzeichnet und von dem liberalen Unternehmertum auch als politische Organisation bekämpft worden wäre. Erst später ist dann die Interkonfessionalität der christlichen Gewerkschaften von den weiter blidenden Männern des katholischen Volksvereins allgemein gefordert und verkündet worden — nicht ohne heftigen Widerstand von zentralistischer, insbesondere auch lutherischer Seite, die, wie das Fuldaer Pastoralen und die sich daran knüpfende Fachabteilungsbewegung beweisen, auch heute noch der Interkonfessionalität der Arbeiterberufsorganisationen widerstrebt und sie aus wirtschaftlichen, politischen und religiösen Gründen beläßt.

Biederlack unterscheidet nun zunächst zwischen dem Interkonfessionalismus der Religionsgrundsätze und dem Interkonfessionalismus des persönlichen Verkehrs. Den ersten hält er für unstatthaft, wenn er aus der Geringsschätzung der zwischen den verschiedenen Konfessionen bestehenden Unterscheidungslehren hervorgeht, wenn er zur religiösen Verflachung oder zur übertriebenen Verlösung der gemeinsamen Lehren führt. Besonders des Interkonfessionalismus des Verkehrs legt Biederlack sodann dar, daß das göttliche Gesetz den Verkehr mit Andersgläubigen verbietet, wenn aus diesem Verkehr eine Gefahr entsteht für den Glauben oder für das christliche Leben — welche Gefahr allerdings dadurch verringert werden kann, wenn es sich um Katholiken handelt, die mit Festigkeit in den Glaubenswahrheiten, ernstem Charakter und ähnlichen Eigenschaften noch den Willen verbinden, umso eifriger den Glauben zu befähigen, je mehr Gefahren er durch den Verkehr mit Andersgläubigen ausgesetzt ist. Aus diesen Voraussetzungen kommt Biederlack bezüglich der Gewerkschaften zu dem Ergebnis:

„Man kann der Verbindung, welche die Mitglieder einer und derselben Gewerkschaft miteinander unterhalten, als geschäftliche Verbindung bezeichnen, ähnlich wie man von zwei Teilhabern einer und derselben Aktiengesellschaft, von Mitgliedern eines und derselben literarischen Künstler- oder Bauervereins, von Mitgliedern einer und derselben Handwerkerinnung sagen kann, sie stehen zueinander in geschäftlicher oder wirtschaftlicher Verbindung. Alle diese Vereinigungen müssen dann als für die katholischen Mitglieder unerlaubt gelten, wenn sie ihnen Gefahr bringen für ihren Glauben. Gewiß ist zur Unzulässigkeit nicht erforderlich, daß durch eine solche Verbin-

dung die Gefahr zum Absatz vom Glauben herbeigeführt werde; es genügt schon die Gefahr, im Glaubensleben schwach zu werden oder im Glauben zu erlahmen. Die Frage, welches Urteil man vom moraltheologischen Standpunkte aus über die Hingebung von Katholiken und Protestanten zu einer und derselben Gewerkschaft zu fällen hätte, ist dennoch bald gelöst. Da der persönliche Verkehr sich nur auf die gewerkschaftliche Tätigkeit als solche zu beziehen hat, diese aber sich ihrer ganzen Natur nach innerhalb sehr beschränkter Grenzen hält, so läßt sich nicht sagen, daß die Notwendigkeit dieses Verkehrs die Bildung interkonfessioneller Gewerkschaften oder den Eintritt in dieselben unerlaubt macht. Umso weniger ist das der Fall, wenn nicht zu berücksichtigen die Gründe vorliegen für die Zulassung auch protestantischer Arbeiter. Als nicht zu berücksichtigende Grund wird man die numerische Stärkung der Gewerkschaft und die dadurch erzielte höhere Geeignetheit zur Errreichung des gewerkschaftlichen Zweckes, der Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, sicher anerkennen müssen. Andererseits muß dann aber auch vorgesorgt werden, daß die interkonfessionellen Gewerkschaften den Katholiken zu keinem weiteren, namentlich zu keinem vertrauterem persönlichen Verkehr mit den andersgläubigen Mitgliedern Anlaß geben.“

Man sieht zunächst, an wie dünnen Fäden das Dasein der christlichen Gewerkschaften hängt. Sind die Bischöfe der Meinung, daß die christlichen Gewerkschaften durch den persönlichen Verkehr der verschiedenen Konfessionen die katholischen Mitglieder der „Gefahr“ aussieben, „im Glaubensleben schwach zu werden“, dann haben sie nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die christlichen Gewerkschaften für katholische Arbeiter zu verbieten. Man weiß, daß der Anfaß dazu war im Fuldaer Pastoralen gemacht, ohne daß die deutschen Bischöfe die praktische Konsequenz, das heißt das Verbot aussprachen; anderthalb, z. B. in Holland, haben sie es getan.

Dann aber ist interessant die Rolle, die den evangelischen Arbeitern in den christlichen Gewerkschaften gespielt wird. Sie sind gut genug, den „nicht zu berücksichtigenden Grund“ der Stärkung der christlichen Gewerkschaften, dieser ultramontanen Organisationen, zu dienen, aber außerhalb dieses Zweckes hat der katholische Arbeiter den Umgang mit seinen evangelischen Klassengenossen zu meiden, da gelten die Evangelischen als die Reicher, die Minderwertigen! Wird noch ein evangelischer Arbeiter sich unter diesen Umständen zum Schleppenträger des Ultramontanismus hingehen, dadurch, daß er den christlichen Gewerkschaften beitrete?

Soziales.

Die Polizeigefesse in Moabit

haben aufgehört. Die Behörden haben die Polizisten, die wie Vandale in dem Berliner Stadtteil hausten, den sie zum Schauplatz ihrer Heldentaten ausberufen hatten, zurückschlagen und alsbald ist der Frieden eingefehlt. Die Bewohner der unter polizeilichen „Schutz“ gestellten gewesenen Straßen atmen erleichtert auf. Es wird jetzt auch immer deutlicher, daß an den Zumulden die Polizei die Haupt-, wenn nicht die einzige Schuld trägt. Ihre gewaltridige Parteinahme gegen die streitenden Kohlenarbeiter hat den ersten Anlaß zu den Ruhelösungen gegeben und nachher haben sich die Polizeiorgane die größte Mühe gegeben, das Feuer, das sie angezündet haben, immer heller zu entfachen. Wenn man die allmählich bekannt werden den Einzelheiten liest, dann sagt man sich unwillkürlich, daß die Hunnen kaum schrecklicher gewütet haben können, als die Berliner Polizisten gegen die ihrem „Schutz“ unterstellten Bürger. Vor ihren Säbeln und den Gummiknüppeln der in Zivilkleider gesteckten Spieße waren weder Greise noch Frauen und Kinder sicher. Da diese Wehrlosen scheinen die „Ordnungshüter“ mit besonderer Vorliebe zur Zielscheibe für ihre Roheitsschläge gewählt zu haben.

Einen Rest von Scham scheinen sie aber doch noch zu halten zu haben; sie wollten keine Zeugen für ihre feigen Taten. Deshalb haben sie diejenigen Personen, die das Warten der Polizei von den Fenstern ihrer Wohnungen aus betrachten wollten, mit Knüppeln aus ihren Brownings vertrieben. Auch der Nebenfall auf die ausländischen Journalisten, bei dem die Schulbigen, nach dem gegenüber dem Breslauer Handabhafter angewandten Regel, unauflösbar gemacht worden sind, dürfte neben der bei der Polizei zum Ausbruch gekommenen Blutgier auf das Streben zurückzuführen sein, die Zeugen zu beseitigen. Es ist bei allem noch ein Glücks, daß es Ausländer waren, die bei der Erfüllung ihrer Verantwortung von der Polizei überfallen wurden. Denn dadurch sind die betreffenden ausländischen Regierungen genötigt worden, auf eine klarstellung der Vorfälle zu dringen, wodurch die Berliner Polizei der ganzen zivilisierten Welt in ihrer wahren Gestalt vorgeführt werden wird.

Wir können an dieser Stelle die Heldentaten der Berliner Polizei nicht an Einzelbeispielen erläutern; in der Beziehung müssen wir auf die Berichte in der unabkömmlichen Tagespresse verweisen. Zeichnend für das Zusammenwirken von Polizei und Streitbrechern ist aber die Tatsache, daß die Polizisten einzelne Personen, die sie bei den Aufläufen arreiert haben, nicht etwa nach der Polizeiwache, sondern zunächst nach dem Kohlenlager der Firma Kupfer u. Co.

brachten, wo sie den Streitbrechern zur Misshandlung übergeben wurden. Erst nachdem diese Kerle ihr Wüten an ihnen getilgt hatten, wurden sie in Gewahrsam gebracht. Als Führer der Streitbrecher bei Kupfer u. Co. fungiert ein Streitbrecheragent namens Friedrich Hinze, der seine Ausbildung zu dem edlen Gewerbe bei der berühmten Augusta Müller in Wandelsbach empfangen hat und dieser würdigen Dame nun Konkurrenz macht. Ein Mitarbeiter der Berliner "Morgenpost" hat kürzlich den Hallunten interviewt. Die Ausschreitungen dieses Menschen, die das Blatt wiedergibt, beschreiben in drohender Weise die moralischen Eigenschaften dieses Polizeischädlings und seiner Spiegelellen, und werfen dabei ein bezeichnendes Licht auf die Kräfte, welche bei der Inszenierung der Moabitler Katastrophe mitgewirkt haben.

Der Friedrich Hinze soll übrigens wegen Entziehung der Militärpflicht von der Polizei gesucht werden. In einer bürgerlichen Versammlung machte ein Teilnehmer die Mitteilung, daß er auf dem Polizeibureau Meldung davon erstattet habe, daß ihm der Aufenthalt des polizeilich gesuchten Hinze bekannt sei. Als er aber dann erzählte, daß der gesuchte Hinze Arbeitswilligenvermittler bei Kupfer u. Co. sei, da habe der Wachmeister den Zettel, auf dem er die Meldung notiert hatte, gerissen und den Angeber aus dem Lokal gewiesen. Wenn diese Mitteilungen richtig sind, und der betreffende Herr ist bereit, sie eidlich zu bekräftigen, dann wird die Polizei nicht umhin können, sich wegen dieser Unlautarität mit stets brieslich verfolgten Verbrechern zu erläutern.

Die gerichtliche Prozeßur gegen die Opfer des Polizeiabfalls wird mit großem Eifer betrieben. Mit den Hauptverhandlungen soll noch im Monat Oktober begonnen werden. Ob sie volle Klarheit bringen werden, muß dahingestellt bleiben. Man hat schon oft die Beobachtung gemacht, daß bei ähnlichen Anlässen die Justiz redlich bemüht war, das Treiben der Polizisten nicht zu enthüllen. Der Offenbarkeit ist aber weniger daran gelegen, daß der eine oder andere Misseläter eingesperrt wird, als daß die Vorgänge in allen Einzelheiten dargestellt werden. Das wird natürlich auch in diesem Fall versucht werden, doch wird der Erfolg der Bemühungen wesentlich von dem guten Willen der Gerichtshöfe abhängen, zu welchem mit freilich ein großes Vertrauen nicht haben.

Inzwischen heulen die Scharfmacher und ihre Presseorgane nach Biwans gesetzen gegen die Arbeiterschaft. Ein Sozialistengesetz soll neu eingeführt werden, zum mindesten aber muß das Streifpostenstehen gesetzlich verboten werden. Den Vogel schließt in dem Neigen natürlich die "Post" ab. Sie verlangt nicht nur die Wiebereinführung des Sozialistengesetzes, sondern macht der Regierung auch Vorwürfe, daß sie nicht den Belagerungszustand verhängt und das Militär zum Eingreifen veranlaßt habe. Wenn es nach den Wünschen der scharfmacherischen Rasse ginge, wäre, dann hätte die Berliner Bevölkerung mit Maschinengewehren zusammengeschossen werden müssen.

In den blutrüchtigen Phantasien der Scharfmacher, die den Endkampf erwarten, als ob der Haß gegen die Arbeiter sie um den letzten Rest ihres bishen Verstandes gebracht hätte, liegt aber ein tieferer Sinn. Die Ausraubung der Massen durch die gemeingefährliche Zoll- und Steuerpolitik hat eine tiegende Misstrümmerung in den weitesten Bevölkerungskreisen hergerufen, von welcher die großartigen Erfolge der Sozialdemokratie bei den in den letzten Monaten vorgenommenen Wahlen heredes Zeugnis ablegen. Nur glaubt man ein Mittel gefunden zu haben, die Aufmerksamkeit des Volkes von den unerhörten Misströmern der Regierung und der herrschenden Parteien abzuwenden. Die Wählermassen sollen grauslich gemacht werden vor der Sozialdemokratie und der organisierten Arbeiterschaft. Deshalb wird der "Aufmarsch" in Moabit in den schwärzesten Farben geschildert und hartnäckig versucht, das vandalische Wütten der Polizei gegen die Bürger als einen von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften organisierten Putsch darzustellen.

Sechzehnt man das Gesicht nach einem Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, nach einem Buchthausgesetz gegen die Gewerkschaften unter diesem Gesichtspunkt, dann wird das Toben verständlich. Aber der Erfolg wird ihm versagt sein. In einem vom Parteidoktor und der Generalkommission der Gewerkschaften gemeinsam veröffentlichten Aufruf wird auf die Plänze der Scharfmacher aufmerksam gemacht. Es heißt darin: "Man will die Bevölkerung im ganzen Reich mit dem 'roten Lappen' graulich machen! Man will sie in Angst versetzen, um sie den reaktionären Zwecken dienstbar und gefügig zu machen." "Statt eines freien Wahlrechtes in Preußen — Streit- und Zuchthausgesetze gegen die Arbeiter! Das droht für die nächste Zukunft!"

Um diese höchstwürdigen Blöde zu vereiteln, empfiehlt der Aufruf in Massenversammlungen die ganze Besetzung über die hinterlistigen Abichten der Scharfmacher aufzuläutern und dagegen zu protestieren, daß die Polizei bei jedem Streit für die Unternehmert Partei ergriff und die Streiterhinderte, ihre gesetzlichen Rechte auszuüben. Weiter zu protestieren dagegen, daß die Streitkerne mit Massen ausgetüstet werden, mit denen sie die öffentliche Sicherheit gefährden. Und schließlich ist Protest zu erheben, daß Vorgänge wie in Moabit, deren Ursachen in dem Verhalten der Polizei bei Streiks in jenen sind, dazu herhalten sollen, die Notwendigkeit

von Ausnahmegesetzen gegen Streitkerne, das heißt gegen die Gewerkschaften zu begründen."

Wie sind überzeugt, daß dieser Aufruf überall die erforderliche Beachtung findet und daß der perfide Plan der Scharfmacher wirksam durchkreuzt wird. Heute erst recht werden wir unsere Stimme erheben für das freie Wahlrecht in Preußen, für die Abwehr von der gewünschten Zoll- und Steuerpolitik in Deutschland und für die Beseitigung der Schranken, die der Verlängerung des freien Sozialrechtes entgegenstehen.

Die Republik Portugal. Am 5. Oktober wurde die Welt durch die Nachricht überrascht, daß in Lissabon eine Revolution ausgebrochen und die Republik proklamiert sei. Der abgesetzte König Manuel ist ein junger Mann, der vor einigen Jahren auf den Thron gekommen war, nachdem sein Vater, der sich durch seine Misstrauhaft äußerst veracht gemacht hatte, zugleich mit seinem ältesten Sohn auf der Straße erschossen worden war. Der junge Manuel hat sich durch das Schicksal, das sein Vater und Bruder erlitten hatten, nicht warnen lassen. Er betrachtete sich als ein Instrument des Kindes und ging ohne Rückicht auf Tagesanstalten und Meinungen den Weg, den ihm seine Meriten Ratgeber und seine Vigoite Mutter und Großmutter vorschrieben. Die portugiesischen Republikaner, denen die liberale Wirtschaft und die vom Hof unbestimmt um die Not des Volkes betriebene Verschwendung nicht gefallen, verloren förmlich allen Respekt vor dem kostbaren Instrument, mit dem sie gesegnet waren. Sie entledigten sich dieser Last und das portugiesische Volk wird jedenfalls bald finden, daß es kein Nachteil ist, daß König um entbehren zu müssen. Es mag übrigens erwähnt werden, daß an dieser Revolution die schlimme Sozialdemokratie ganz unschuldig ist, da sie in Portugal kaum in nennenswertem Umfang vertreten ist. Als Material für eine Heze gegen die Sozialdemokratie in Deutschland wird sich also die Entthronung des portugiesischen Königs schwerlich eignen.

Eine Friedensdemonstration gegen die Fleischnot haben die Wiener Arbeiter am 2. Oktober arrangiert. Da Österreich hat die Bevölkerung in ähnlicher Weise unter der Fleischnot zu leiden, wie in Deutschland, und dort wie hier sind es im Interesse der Agrarier errichteten Grenzsperrern, welche die ausreichende Versorgung des Landes mit Schlachtvieh verhindern. Um gegen diese Misstrauhaft zu demonstrieren, sind die Wiener Arbeiter am Sonntag auf die Straße gegangen. Die Demonstration hat einen grobartigen Verlauf genommen. Die Zahl der Teilnehmer an dem Zuge, der sich am Parlamentsgebäude vorbei nach dem Rathause bewegte, wird auf mehr als 200 000 geschätzt. Die Vereine führten ihre Fahnen mit sich; vielfach wurden aber auch Plakate mit Karikaturen und Inschriften erwischt und satirischen Inhalts getragen. In den Straßen, durch welche sich der Zug bewegte, hörte der Wagenverkehr auf, auch die Straßenbahn mußte einige Stunden lang den Betrieb einstellen. Die Polizei hielt sich vernünftigerweise fern, und so kam es, daß die Demonstration, die einen grobartigen Eindruck machte, einen ungestörten Verlauf nahm. — Wenn die preußische Polizei fähig wäre, von ihren Wiener Kollegen zu lernen, dann würden auch bei uns manche Störungen vermieden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Volksbeitrages erteilt, wonach der Gemeinbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. Oktober beträgt in Asperg 65 Pf., Beuthen 65 Pf., Ludwigshafen 65 Pf., Nieditz 70 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnr. ist der 12. Wochenbeitrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt: 119 099 Gustav Stroba, Storzmacher, geb. 22. 7. 51 zu Stofffurt. 183 396 Ernst Nöller, Tischler, geb. 25. 10. 61 zu Nieder-Neukirch. 248 196 Gottlieb Saref, Stuhlbauer, geb. 28. 6. 79 zu Groß-Niedorf. 269 795 Karl Baier, Tischler, geb. 8. 1. 87 zu Magdeburg. 349 252 Friedrich Löcher, Tischler, geb. 4. 12. 88 zu Lenné-Lennwerder. 441 558 Bernhard Bahlke, Modelltischler, geb. 4. 4. 80 zu Dortmund. 451 750 Karl Matroth, Tischler, geb. 1. 11. 72 zu Neustadt. 487 795 Paul Schröder, Tischler, geb. 22. 1. 88 zu Lippendorf. 501 108 Erich Löser, Küchenmacher, geb. 21. 1. 71 zu Zellerhammer.

Im Monat September gingen von nachbenannten Zahlstellen folgende Beiträge ein:

Gau Danzig: Allenstein 50 Pf., Bromberg 100, Danzig 900, Elbing 650, Goldap 30, Graudenz 150, Gumbinnen 80, Insterburg 400, Königsberg 1400, Köslin 250, Konitz 50, Lauenburg 107, 50, Lyl 10, Memel 164, Nadel 70, Osterode 50, Rummelsburg 28, 28, Stallupönen 40, Tilsit 224, Zoppot 50 Pf.

Gau Stettin: Barth 100 Pf., Friedland 50, Greifswald 70, Güstrow 150, Neustrelitz 50, Parchim 100, Pasewalk 30, Schönberg 250, Stargard 100, Stralsund 300, Strelitz 250, Swinemünde 100, Torgelow 60, Warnemünde 45, Wismar 250, Wolgast 192, 50 Pf.

Gau Breslau: Beuthen 100 Pf., Breslau 2050, Brieg 100, Buna 100, Erdmannsdorf 50, Festenberg 80, Freiburg 850, Glaz 50, Glogau 100, Görlitz 1000, Guhrau 64, Hainau 100, Hermsdorf 350, Hirschberg 250, Jauer 100, Kattowitz 400, Langenölz 100, Lauban 45, Neisse 75, Neusalz 40, Riesch 300, Dels 180, Ostrowo 110, Posen 600, Schweidnitz 540, Strehlen 30, Waldenburg 100 Pf.

Gau Berlin: Adlershof 100 Pf., Arnswalde 25, Berlin 24500, Biesenhal 60, Brandenburg 2000, Charlotten-

burg 600, Cottbus 800, Dahme 50, Driesen 50, Eberswalde 100, Fehrbellin 25, Finsterwalde 900, Forst 150, Frankfurt 600, Französisch Buchholz 118, Gützkow 300, Groß-Lichterfelde 200, Guben 300, Hohenwerda 80, Klosterfelde 200, Königswusterhausen 150, Stolmar 14, Landsberg 1160, Lindow 86, Lüdenwalde 1900, Lübbenau 243, 73, Lüslau 100, Neuroppten 100, Neuzelle 12, Nowawes 600, Oderberg 85, Prenzlau 125, Priesen 180, Rathenow 300, Rixdorf 1800, Schneidebach 100, Samtow 50, Segefeld 50, Spandau 800, Spreeberg 150, Sieglis 150, Strausberg 50, Teltow 50, Trebbin 170, Tiefenbrücken 200, Witten 100, Weihensee 1800, Wetzlaw 40, Wittensee 143, 49, Zehlendorf 60, Zielenzig 47, Zossen 100 Pf.

Gau Dresden: Bautzen 800 Pf., Brand 200, Colmnitz 80, Döbeln 850, Dresden 1118, 05, Elsterwerda 125, Elsterdorf 200, Freiberg 100, Geringswalde 500, Glashütte 250, Großenhain 100, Großröhrsdorf 250, Großschönau 150, Grünhainichen 36, Hartha 600, Hainewalde 80, Leisnig 200, Leubsdorf 120, Liebenwerda 100, Löbau 850, Marienberg 25, 50, Meißen 600, Mittweida 300, Mulda 180, Neugersdorf 204, 40, Neuhofen 180, Nossen 80, Oederan 40, Olbernhau 1800, Oschatz 200, Pirna 400, Rabenau 1700, Reichenberg 75, Riefa 100, Schleiberg 100, Schmölln 95, Schmölln 1194, Schönbüchel 100, Stollberg 60, Torgau 170, Triebes 850, Weida 100, Werda 150, Wurzen 210, Zeitz 1000, Zeulenroda 1000, Zwickau 650 Pf.

Gau Leipzig: Altdorf 100 Pf., Altenburg 500, Aue 180, Brambach 20, Buchholz 200, Burgstädt 75, Chemnitz 4400, Grimma 200, Gutenburg 1800, Hassenstein 100, Frankenberg 200, Frohburg 200, Geithain 60, Gera 800, Greiz 100, Grimma 180, Hainichen 120, Johanngeorgenstadt 200, Klingenberg 150, Kummerod 60, Langenberg 150, Leipzig 9000, Limbach 75, Marktstädt 100, Meerane 100, Meuselwitz 110, Neustadt 80, Raschau 350, Reichenbach 100, Ronneburg 55, Schleibach 928, 65, Schleiz 50, Schmölln 1194, Schönbüchel 100, Stollberg 60, Torgau 170, Triebes 850, Weida 100, Werda 150, Wurzen 210, Zeitz 1000, Zeulenroda 1000, Zwickau 650 Pf.

Gau Erfurt: Apolda 180 Pf., Arnstadt 133, Blankenburg 50, Bleicherode 8, Böhmen 80, Bürgel 200, Coburg 850, Corbetha 100, Eisrich 80, Eschwege 100, Friedersroda 80, Gotha 1800, Hermsdorf 80, Jen 372, Klinenau 60, Langensalza 100, Langewiesen 150, Lauterberg 300, Merseburg 200, Naumburg 250, Neuenbau 120, Neustadt 90, Ohrdruf 100, Oudoldstadt 200, Ruhla 80, Saalfeld 100, St. Andreasberg 19, 20, Themar 150, Waltershausen 150, Weißensels 97 Pf.

Gau Magdeburg: Aken 44, 55 Pf., Aschersleben 197, 50, Blankenburg 100, Braunschweig 2000, Burg 800, Calbe 35, Göthen 300, Delitzsch 50, Dessau 600, Eisleben 200, Gardelegen 170, Goslar 150, Güsten 40, Halberstadt 400, Helmstedt 101, Magdeburg 3200, Osterburg 50, Quedlinburg 100, Rosslau 191, Sangerhausen 160, Schönebeck 550, Zerbst 100 Pf.

Gau Hanau: Bergedorf 120 Pf., Blankensee 180, Boizenburg 75, Bredenfelde 80, Dannenberg 50, Eddersfelde 30, Elmshorn 100, Esterwegen 110, Geesthacht 800, Gladbeck 50, Hannover 90, 10, Heide 100, Ichhöhe 200, Leer 150, Lüddecke 100, Mühlheim 100, M. Gladbach 100, Mühlster 50, Neumünster 850, Nordenham 50, Oldenburg 200, Oldesloe 50, Pinneberg 170, Preuß 47, Rendsburg 200, Scherrebek 30, Stade 70, Süderbrarup 75, Uetersen 60, Warel 160, Wismarshaven 500, Winsen 100 Pf.

Gau Hannover: Ahldorf 20 Pf., Bielefeld 3700, Cassel 300, Detmold 800, Einbeck 90, Göttingen 940, Hannover 3000, Hecken 45, Herford 2000, Hildesheim 250, Lage 100, Lemgo 80, Minden 200, Münder 500, Nienburg 100, Neuhofen 600, Osnabrück 500, Pyrmont 80, Quakenbrück 120, Rheine 20, Soltau 20, Springe 70, Stadthagen 75, Uelzen 150, Uslar 100, Verden 200 Pf.

Gau Düsseldorf: Aachen 200 Pf., Bochum 810, Bonn 500, Dortmund 800, Düsseldorf 800, Duisburg 450, Elberfeld 2200, Essen 1200, Gelsenkirchen 200, Gladbeck 50, Hamm 100, Herten 100, Hückelhoven 100, Krefeld 150, Lüdenscheid 50, Mülheim 100, M. Gladbach 100, Mühlster 50, Neuss 80, Oberhausen 99, 10, Paderborn 130, Rellinghausen 150, Remscheid 250, Monsdorf 90, Siegen 100, Soest 80, Solingen 350, Unna 40, Velbert 100, Wuppertal 100, Wessel 60, Wetter 100 Pf.

Gau Frankfurt: Amlsbach 150 Pf., Bensheim 75, Büsbach 193, 30, Coblenz 300, Darmstadt 235, Edenslohn 130, Fehrenheim 100, Frankenthal 300, Frankfurt 150, Großkarben 100, Heidelberg 300, Höchst 900, Kelheim 400, Landau 48, Ludwigshafen 350, Mainz 1000, Mannheim 2000, Marburg 90, Mühlheim 140, Neu-Jesuburg 300, Neustadt 288, 89, Neuwied 100, Offenbach 940, Rüppenheim 150, Saarbrücken 500, Sprendlingen 300, Tann 75, Trier 150, Wiesbaden 700, Worms 250 Pf.

Gau Künzberg: Ansbach 100 Pf., Bamberg 200, Bayreuth 600, Cham 55, 55, Erlangen 400, Forchheim 100, Fürth 2000, Herzogenaurach 80, Hof 100, Markt-Melchingen 23, 51, Nördlingen 110, Schneid 37, 50, Schopfshof 190, Schwabach 70, Schwarzenbach 150, Selb 144, Würzburg 100, Nürnberg 200 Pf.

Gau Mainz: Augsburg 1200 Pf., Dachau 253, 50, Fürth 250, Grumbach 60, Landsberg 30, Memmingen 100, Mühldorf 50, München 9500, Pasing 100, 10, Passau 100, Peine 50, Reichenhall 130, Rosenheim 200, Starnberg 130, Straubing 100, Tölz 150, Traunstein 40, Zwiesel 10 Pf.

Gau Stuttgart: Achern 42 Pf., Bad Cannstatt 100, Baden-Baden 50, Cannstatt 20, Ehingen 550, Freudenstadt 71, 20, Friedrichshafen 30, Furtwangen 200, Gebweiler 40, Gmünd 160, Heilbronn 600, Karlsruhe 570, Kirchheim 200, Konstanz 108, 97, Lahr 50, Lenningen 40, Leutkirch 60, Ludwigsburg 100, Markgröningen 13, 90, Mosbach 25, Mühlheim 50, Miltenberg 250, Neckarzimmern 77, 75, Offenburg 65, Oos 80, Pforzheim 600, Schorndorf 95, Schramberg 150, Schwenningen 200, Spaichingen 100, Straßburg 400, Stuttgart 7300, Sulzbach 5, 30, Tübingen 100, Ulm 747, 75, Waldkirch 51, 55, Wernsheim 35, Zuffenhausen 200 Pf.

Die Revisoren und Verwaltungen werden ersucht, vorstehende Quittung genau zu pr

Situationsbericht aus der Vergolderbranche.

Auf die Aufrufserkundung durch die „Holzarbeiter-Zeitung“ im Juli d. J. einen Situationsbericht über den Geschäftsgang im ersten Halbjahr einzufüllen, haben nur folgende Orte geantwortet: Burg, Dresden, Kürth, Gelsenkirchen, Güben, Hamburg, Köln, Leipzig, Pasing, Städelsdorf, Steinau und Ulm. Außerdem liegt noch ein vordem eingegangener Bericht der Leinenvergolder aus München vor. Von Berlin ist kein Bericht eingegangen, da wir selbst mit in der Bewegung hier tätig und demnach über alles genau informiert sind. Alle übrigen Orte haben bis Ausgang September keinen Bericht eingesandt. Es ist deshalb notwendig, daß alle Kollegen die Bekanntmachungen in der „Holzarbeiter-Zeitung“ beachten und bei den Sektionsleitern resp. Ortsverwaltungen darauf dringen, daß ein Bericht eingesandt wird. Die etwas verspätete Zusammenfassung der Berichte liegt an unserer intensiven Tätigkeit im August und September hier in Berlin, worüber wir im Jahresbericht ausführlicher berichten werden.

Der Geschäftsgang in Berlin war in der Leistensbranche im 1. Quartal ziemlich gut und hat sich im 2. Quartal noch verbessert. In der Rahmenbranche war der Geschäftsgang in beiden Quartalen nur mittelmäßig. Im Mai war es uns im Betrieb von C. Maschig gelungen, für alle furnierten Leisten einen Aufschlag von 10 Proz. und auf altschwarze Profilleisten ebenfalls eine Erhöhung der Stückpreise nach achtjährigem Streit durchzusetzen. Bei der Firma O. Wolff, Grundleinenfabrik, ist es uns in derselben Zeit gelungen, eine Aufbesserung der Preise für alle Leisten bis zu 2% auf 20 Proz. für breitere um 5 Proz. und eine Erhöhung der Löhne der Arbeiterinnen um 1 Ml. pro Woche, ebenfalls nach achtjährigem Streit, zu erreichen. In Burg war der Geschäftsgang im ersten Halbjahr gut. Des weiteren wird noch gemeldet, daß es den Vergoldern bei der Firma Verlags Nachf. gelungen ist, ihre alten Preise, die vor zwei Jahren bei der schlechten Mononatur reduziert wurden, wieder zu erringen. Wie uns mitgeteilt wird, handelt es sich um 10–20 Proz. In Dresden war der Geschäftsgang gut. Es haben noch einige Kollegen von auswärts angefangen. Ferner wird ganz besonders darauf hingewiesen, daß alle Kollegen aufmerksam gemacht werden, daß laut Versammlungsbesuch der Minimallohn von 26,50 Ml. bei 5½ Stunden Arbeitszeit verlangt werden muß. Die zurücksendenden Kollegen sollten sich nicht schriftlich an die Arbeitgeber, sondern stets an die im Adressenverzeichnis veröffentlichte Adresse oder an das Verkaufsbureau wenden, sowie das Umschauen unterlassen. Von Kürth wird berichtet, daß der Geschäftsgang in der Leistensbranche als beständig bezeichnet werden könnte. Arbeitslos war im ersten Halbjahr kein Kollege. In der Rahmenbranche jedoch haben die Kollegen die ganze Zeit verkürzt gearbeitet und mußten auch teilweise noch 8–14 Tage aussehen. Verschiedene Kollegen haben deshalb den Beruf gewechselt. Der Versammlungsbesuch wird als gut bezeichnet, was an manchen anderen Orten nicht der Fall ist. In Gelsenkirchen war der Geschäftsgang ebenfalls gut, es sind sogar nach Pfingsten noch zwei Kollegen eingestellt worden. Es wird ganz besonders beklagt, daß dort beschäftigten 6 Fabrignacherinnen nicht für die Organisation zu gewinnen sind. In Güben war der Geschäftsgang ziemlich gut. Die Kollegen wollten im Frühjahr die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern und stellten Anfang April dementsprechende Forderungen. Von Seiten des Fabrikanten wurde der Verhandlungskommission mitgeteilt, daß er erst in 14 Tagen verhandeln könne, da er sich augenscheinlich in finanziellen Schwierigkeiten befände. Nach Ablauf der Frist nochmals aufgesfordert, wurden die Kollegen wieder auf 8 Tage vertröstet, und gerade in der Zeit wurde der Konsens angemeldet. Der Betrieb wird vorläufig von den Gläubigern weitergeführt und konnten die Kollegen durch ihre gute Organisation drohende Abzüge abwehren. In Hamburq-Altona haben die Vergoldner in allen Betrieben bis Mitte Februar verkürzt gearbeitet, nur die übrigen Branchen hatten im ersten Halbjahr volle Beschäftigung. Bei der Firma Stehrberg u. Co. kam es im Juni zum Streit und haben die Kollegen das Währere darüber wohl aus den Berichten in der Zeitung gelesen. Von Köln wird berichtet, daß der Geschäftsgang in der Leistens- und Rahmenbranche zufriedenstellend war. In zwei Leistensbetrieben wurde nur zeitweise verkürzt gearbeitet. Die Organisationsverhältnisse haben sich gebebt, ebenso der Versammlungsbesuch. Es konnte in einem Betrieb wieder eine Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt werden, so daß jetzt fast in allen Betrieben die 9½-stündige Arbeitszeit vorherrschend ist. In Leipzig war im 1. Quartal der Geschäftsgang mittelmäßig, im 2. Quartal flott, so daß die Kollegen einige Überstunden machen mußten. Des weiteren wird berichtet, daß es den Kollegen, dank der guten Organisation, gelungen ist, bessere Preise auf neue Muster zu ergänzen. In der Rahmenbranche war der Geschäftsgang mittelmäßig, ebenso bei den Rahmenleidern, welche in Leipzig mit zur Sektion gehören. Wie schon im letzten Bericht erwähnt, bilden die Leinenvergolder in Mühlhausen seit August vorigen Jahres eine eigene Sektion Nachdem durch eifrigste Agitation der Kollegen die Mitgliederzahl gestärkt war, konnte im November vorigen Jahres bei der Firma Wolf ein Tarif abgeschlossen und 5 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde durchgedrückt werden. Ebenso wurde im Dezember in der Hof-Goldleinenfabrik Petry der alte Tarif gekündigt und ein neuer Tarif abgeschlossen mit 8 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde. Die Arbeitszeit beträgt in allen Leistensbetrieben 5½ Stunden wöchentlich. In Pasing war der Geschäftsgang in den beiden ersten Monaten schlecht, es wurde verkürzt gearbeitet, in der übrigen Zeit ging es gut. Es soll jedoch in dem Betrieb ziemlich regellos gearbeitet werden. Es wird zeitweise verkürzt gearbeitet; sind wieder einige Feststellungen eingelaufen, wird darauf losgeschustzt, bis alles ausgearbeitet ist, und dann beginnt wieder der alte Schindrian. Organisiert sind die Beschäftigten fast alle und halten die Kollegen fest zur Organisation. Des weiteren ist von der dortigen Ortsverwaltung ebenfalls daraus hingewiesen, daß die Kollegen die Anfragen direkt bei der Firma unterlassen und sich nur an den dortigen Arbeitgeber wenden. In Stendal war nur mittelmäßig. Es wird des-

weiteren berichtet, daß es im Herbst vorigen Jahres gelang, für den ganzen Betrieb die neunstündige Arbeitszeit durchzuführen. Die Vergolder hatten vorher eine Stunde weniger Arbeitszeit täglich als die übrigen Arbeiter. Die Arbeitszeit ist nun für die übrigen Arbeiter um eine Stunde pro Tag verkürzt unter Beibehaltung der bisherigen Wochenlöhne. In Ulm war der Geschäftsgang gut, es mußten sogar die Farbymachern und Rahmenstricker in einem Betrieb acht Wochen Überstunden machen. In dem Betrieb von Geiß ist es durch den Streit soweit gesonnen, daß nur noch halb so viel Kollegen beschäftigt sind als vordem. In diesem Betrieb ist der Geschäftsgang flau, wohl ebenfalls eine Folge des Streits. Zum Schluß wollen wir nochmals darauf hinweisen, daß alle Kollegen mehr auf die Zeitung achten, damit die Berichterstattung pünktlicher und besser erfolgen kann. Die Kollegen dürfen sich nicht nur auf die Leistungen verlassen, sondern müssen auch selbst mit auf dem Posten sein, um bessere Führung aufrecht zu erhalten. Ferner empfehlen wir den Kollegen ganz besonders die bessere Beachtung der Arbeitsnachweise, um die Klagen von einzelnen Orten aus der Welt zu schaffen. Ganz besonders verweisen wir auf den im Berlin betreffs Regelung der Arbeitsnachweisfrage gefassten Beschluss, der wohl den meisten Kollegen schon bekannt sein dürfte. Die Kollegen schädigen durch die Anfragen bei den Fabrikanten doch nur die am Ort beschäftigten Kollegen und sich selbst, indem ihnen öfter ein geringerer Lohn angeboten wird.

Die Zentralkommission der Vergolder.
J. A.: Karl Langner, Berlin NO. 18, Landsberger Str. 108.

Korrespondenzen.

Bielefeld. Am 7. Oktober tagte eine Vertrauensmännerversammlung, welche die Maßnahmen treffen sollte, die angesichts der angekündigten Massenaussperrung notwendig gewesen wären. Etwa 600 unserer Kollegen, die in der Metallindustrie beschäftigt sind, kamen für den Kampf in Betracht. Anzivischen war aber der günstige Abschluß der Werkarbeiterbewegung bekannt geworden. Die Vertrauensmänner besprachen noch einmal den Verlauf der Bewegung und erklärten, die Konsequenzen aus dem Verhalten der Bielefelder Fabrikanten, die bekanntlich für die Massenaussperrung sich ins Zeug gelegt hatten, zu ziehen. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher die Werkarbeiter zu den erungenen Vorteilen beglückwünscht werden. Zugleich wurde beschlossen, der nächsten Mitgliederversammlung zu empfehlen, außer den schon bewilligten 500 Ml. noch weitere 500 Ml. insgesamt also 1000 Ml., der Hauptkasse zu überweisen, von der Erwägung ausgehend, daß nur durch praktische Bekundung der Solidarität der Arbeiter die Macht der Unternehmer zurückgedrängt wird.

Köln. (Vergolder.) In der am 26. September abgehaltenen stark besuchten Sektionsversammlung konnte mitgeteilt werden, daß es in der Rahmenfabrik von Hanquet möglich gewesen ist, eine Lohnbewegung durchzuführen, durch welche die Kollegen einen Lohnzuschlag von 6 Pf. pro Stunde und eine Arbeitszeitverkürzung von 3 Stunden pro Woche erzielen. Hierauf wurde das Eingesandt des Kollegen Köln, in unserer „Holzarbeiterzeitung“, einer scharfen Kritik unterzogen und protestiert gegen die öffentliche Unterscheidung, als wölfen Kollegen auf Kosten des Verbandes eine Vergnügungstour nach Berlin machen. Die Mehrheit der hiesigen Kollegen sind der Abstimmung genäßt wohl für eine Branchenkonferenz. Von verschiedenen Kollegen wurde gewünscht, mehr Agitation zu betreiben, damit auch einmal die Indifferenzen für die Organisation gewonnen würden. Zu dem Zweck soll ein Flugblatt herausgegeben werden. Am Schluß der Versammlung ermahnte unser Sektionsleiter die Kollegen, noch reger denn je die Versammlungen zu besuchen, damit wir dem Beispiel derjenigen Werkstätten folgen könnten, welche schon mehr Lohn und Arbeitszeitverkürzung errungen haben, damit auch einmal in Köln bessere Löhne und der schon lange erhoffte Neunstundentag ergiebt würden.

Neumied. In der Büchsenfabrik „Universum“ von Jak. Löb herrschen Zustände, die nichts weniger als läßlich sind. Säger und Fräser erhalten bei ihrer gewiß gefahrvollen Arbeit in zehn Stunden den horrenden Lohn von 3,20 Ml. Ein junger Arbeiter erhielt einen Anfangslohn von 2,20 Ml., welcher jedoch inzwischen schon auf 2,70 Ml. gestiegen ist. Tüchtige Bohrer verdienen im Altkord täglich bis zu 3,50 Ml. Das Einziehen, welches durch Gehirnarbeiter besorgt wird, wirst, wenn die ganze Familie mitarbeitet, einen Tagelohn von 1,20 Ml. bis 1,50 Ml. ab. Ein zum Meister avancierter Fächer ist die Höflichkeit selber, indem er den Arbeitern welche in die „Fresse“ anbietet. Ob es stets beim Anbieten bleibt, wollen wir dahingestellt sein lassen. Man muß sich wundern, daß noch keine Unfälle zu verzeichnen sind, liegen doch die Abfälle haufenweise zwischen den Maschinen herum, und will erst jemand an die Transmission im Keller, dann muß er ganz nahe unter der Decke über die Sägespäne kriechen. Das bei derartigen Zuständen im Betriebe dem Inhaber die Organisation einen Dorn im Auge ist, nimmt weiter kein Wunder. Hat er doch schon versucht, Kollegen durch Drohungen mit Strafzinsen dem Verbande abspenstig zu machen. Leider ist ihm dieses auch jüngst, noch dazu bei einem ledigen freiden Kollegen gelungen. Das der Betreffende diesen Schritt bald wieder bereut, dafür wird Herr Löb mit seinem „Meister“ schon sorgen. Und nun, Kollegen der Firma Jak. Löb, die Schlämme von den Ohren, die Faust, die Ihr so lange in der Tasche gemacht habt, heraus; tretet ein in den Deutschen Holzarbeiterverband! — Auch die organisierten Kollegen in der Schulbaufabrik täten gut daran, sich etwas mehr um ihre Organisation zu kümmern. Haben sie doch schon ganz achtunggebietende Erfolge durch den Verband errungen. Aber den Weg zur Versammlung finden sie nur dann, wenn von Seiten des Arbeitgebers der Vertrag nicht richtig gehandhabt wird. Hauptfachlich sind wohl persönliche Brüderlichkeit schuld; jedoch ist es an der Zeit, diese endlich einmal zu begraben, und alle, Mann für Mann, in die Versammlung zu kommen und mitzuwirken und zu agieren, damit auch für die Neuwieder Holzarbeiter einmal die Zeit kommt, dem Nebenamt der Arbeitgeber einen Damit entgegenzusehen.

Dehnhausen. Man sollte meinen, die hiesigen Kollegen würden einmal zur Erkenntnis ihrer Lage kommen; aber es reicht bei ihnen nicht weiter, als die Faust in der Tasche zu ballen und zu schimpfen. Wie müssen und vor den unliegenden Fabrikstellen schämen, denen wir immer im Wege sind und die sich von ihren Arbeitgebern sagen lassen müssen, sie mögen erst dafür sorgen, daß ihre Kollegen in Dehnhausen auch mitkommen. Endlich haben wir die schlechte Zeit hinter uns, nun tut es not, daß wir uns auch anmelden, oder wer wollt ihr die guten Jahre auch verschonen? Bei der Firma Drost in Lüdenscheid sind 13 unserer Kollegen entlassen worden wegen Verbandsangehörigkeit, sogar ein Kollege, der vor zwei Jahren zweifinger in diesem Betrieb eingebürgerte. Bei dieser Firma wird 2,50 Ml. pro Tag verdient. Allerdings die Lieblinge des Herren Drost verdiensten mehr, die bekommen die besten Alloroben zu machen und verdienen mit leichter Mühe 4,50 Ml. pro Tag. Dafür dürfen diese Elemente auch ihre Kollegen vertreten und sich ausschmeicheln, wodurch sie allerdings in der Achtung anständiger Arbeiter nicht steigen.

Passau. (Vergolder.) Wenn die Majorität der Provinz, lediglich um ihren Delegierten „Berlin sehen“ zu lassen, die Branchenkonferenz wünscht, dann freilich ist der Berliner Fahrt eine Chinaspritztour entschieden vorzuziehen. Die Dinge liegen aber so, daß hinter den Artikel der Kollegen Späthe und Ihslau persönliche Meinungsäußerungen sind. Der in dem letzten Mundschreiben vertretene ablehnende Standpunkt war nun wenigstens stichhaltig. Er steht wohl ab von dem Meimpversuch Ihslaus. Wir rejunieren aber ahermals: Wünscht die Provinz die Abhöhe, dann muß die Zentralkommission sich als Gelehobene fühlen und sich nicht aus der noch nicht an den Tag gebrachten Meinung der Berliner Vergolder ihre Ansichtung bilden. Die eigentlich die berufenen Preisfachler der Vergolder sehn sollten, scheinen aber auch einmal das Pferd beim Schwanz aufzuzäumen. Verschiedene Tagesordnungen sind vorgeschlagen; fortsetzt könnte schon alles sein. Die Provinz wünscht die Diskussion der vom Vorstand oder der Kommission eventuell vorgeschlagenen Tagesordnung, nur Späthe und Ihslau sind dagegen, vielleicht noch die Zentralkommission. Das ist aber doch ein unhalbarer Zustand. Wir wünschen vor allem einmal den Gesamtwillen der Berliner kennen zu lernen. Aber wenn das hin und herzerren so weiter geht, dann kommt wirklich nichts „Greifbares“ heraus. Schließlich ist es zum Schluß noch nett, daß die resp. Fabrikstellen die Kosten tragen müssen. Noch netter ist es, daß Berlin die Branchenkonferenz sieht. Wir stimmen mit dem Mundschreiben überein: Lohn- und Arbeitsverhältnisse müssen und können von den Kollegen der resp. Fabrik selbst verbessert werden; wenn aber doch immer weiter nach der Branchenkonferenz gerufen wird, sche man sich alle in diesem Jahre geschriebenen Nötzen noch einmal an. Ginenta fragt nun noch: Wann wird das Fortsetzung des Agitationsschriften? Wann wird das Sektionsberichtsmaterial veröffentlicht? Es ist gut ein Vierteljahr her. Wie wäre es wenigstens einmal mit einer Propaganda Broschüre über: „Die Verhältnisse in der Goldleinenindustrie“? Muß nicht auch ein kleines Haus gepflegt werden?

Müsselheim bei Mainz. In der Wagnerrei der Opelwerke lassen die hygienischen Einrichtungen sehr viel zu wünschen übrig. Die Bedürfnisanlagen befinden sich in einem recht mangelhaften Zustand und sind zeitweise sogar ganz geschlossen. Zu letzterer Zeit hat man einen Kontrolleur angestellt, um die Dauer des Aufenthalts zu überwachen. Besser wäre es aber, wenn für eine brauchbare Anlage gesorgt würde. Vor einigen Tagen wurde ein Kollege wegen Gebrauch derselben sogar mit einer Mart bestraft. Es wäre an der Zeit, derartige Mittstände zu beseitigen. Die Organisation ist den Meistern der größten Dorn im Auge, sie suchen sie mit allen Mitteln zu unterdrücken. Meister Deniz ist auch nicht mit groben Ausdrücken. Die Löhne spotten jeder Beschreibung. Werde doch erst vor kurzer Zeit einem Kollegen 29 Pf. die Stunde ausbezahlt. Daher kommt es auch, daß fast jeden Tag ein oder zwei Kollegen die Arbeit verlassen. Kollegen, wie lange wollt Ihr noch müßig zuschauen? Kretet ein in den Deutschen Holzarbeiterverband und arbeitet unermüdet für die Stärkung unserer Organisation, dann werden wir andere Zustände erreichen.

Unsere Lohnbewegung.

In Auerbach im Vogtland dauert der Streit in der Möbelfabrik Seidel nun schon drei Wochen, und noch ist kein Ende abzusehen. Diese Firma sträubt sich als einzige immer noch, den am Orte allgemein gültigen Tarifvertrag anzuerkennen und sucht durch Zulose Arbeitswillige zu erhalten. Außer drei Stehengebliebenen verfügt der Betrieb jetzt noch über zwei weitere Aussteiger. Der eine, ein Drechsler aus Eger, hat sich gleich beim Inhaber eingemeldet, daß er sich wohl schämt, den Streitenden zu begegnen. Der andere Arbeiter wurde im Mai wegen ungünstiger Leistungen entlassen, mag aber jetzt als Motivat gut genug sein. Seit dem 1. Oktober firmiert die Firma: „Vogtländische Kunstmöbelindustrie A.-Ges.“. Während des Streits machen die übrigen Betriebe am Orte um so bessere Geschäfte. Die Streitenden sind bereit aufzuhören.

In Bamberg ist die Lohnbewegung bei der Firma Neupert (Hospianosortefabrik) zugunsten der Kollegen erledigt worden. Herr Neupert hat nun eingesehen, daß es besser ist, wenn man mit den Vertretern der Organisation verhandelt und sich gegenseitig verständigt. Die Arbeitszeit wurde bei Lohnausgleich von 58 auf 56 Stunden verkürzt und zudem die Stunden- und Altkordlöhne um 7 Prozent noch erhöht. Außerdem ist die Garantie des Lohnes im Altkord gesichert, für Überstunden wird ein Zuschlag von 15 bis 25 Prozent gewährt. Bisher hat er für Überstunden keinen Zuschlag gegeben. Die Kollegen nügen die richtige Lehre aus der Bewegung ziehen, an der Organisation festhalten, dann wird sich noch manches verbessern lassen.

In Borna bei Leipzig dauert der Streit der Musikinstrumentenarbeiter in der Harmoniumsfabrik Gundholm und der Pianosortefabrik Heyl unver-

ändert fort. Der Inhaber der leitgeführten Firma zeichnet sich durch ganz besonders probohante Manieren aus. Als unsere Verwaltung vor der Arbeitseinstellung mit ihm in Verhandlung treten wollte, sandte der Herr unseres Bevollmächtigten den nachstehenden Brief:

"Ich muß es mit aller Entschiedenheit ablehnen, sowohl mit Ihnen persönlich als auch mit Ihrer Verbandsleitung selbst Unterhandlungen über Forderungen im Interesse meiner Arbeiterschaft zu führen.

Sie haben nicht den geringsten Einblick in die Technik und Werkverarbeitungen meines Geschäftsbetriebes, somit entbehren Sie auch jeder Beurteilung, und halte Sie deshalb nicht für besugt, auch nur über einen Gegenstand Ihrer Ansprüche mit mir zu verhandeln. Sollten mir dagegen aus der Wille meiner Arbeiterschaft berechtigte Wünsche vorgebracht werden, bin ich bereit, diese zu prüfen und, soweit es in meinen Kräften steht, solche zu berücksichtigen.

Ergendwelche weitere Annäherungen Ihrerseits wollen Sie gefügt für immer unterlassen, da ich auf diese prinzipiell nicht reagiere.

Hochachtend

G. Gehl."

Während die Firma in so hochmägiger Weise den Verlehr mit der legitimen Vertretung ihrer Arbeiter ablehnt, ist sie jetzt eifrig auf der Suche nach Streikbrechern. Dabei ist sie gar nicht wählbar. Hat sie doch als Erfah für die ausständigen Arbeiter, die zum Teil 15 bis 30 Jahre im Betrieb tätig waren, alte Buchthäusler eingestellt, die natürlich dem besonderen Schutz der Polizei empfohlen sind. Wir sind überzeugt, daß sich der Hochmut der Herren noch legen wird und bitten den Zugang von Harmoniumarbeitern, Klaviermachern, Polierern, Drechslern und Stuhlbauern von Borna fernzuhalten.

In Eisenberg dauert der Streik in der Stützbranche nun bereits die achte Woche und ist ein Ende desselben vorläufig noch nicht abzusehen. Waren bei den Streiks 1905 und 1907 schon nach einigen Wochen Arbeitswillige in den Reihen der Buchbinderei vorhanden, so kann diesmal berichtet werden, daß bis jetzt nicht einer abtrünnig geworden ist. Dagegen hat sich in Bürgel, wo eine hiesige Glühfabrik eine Filiale besitzt, ein Kollege gefunden, welcher nach sechs Wochen wieder in den Betrieb hineingegangen ist.

In Hamburg sind die Differenzen in der Goldleistungsfabrik Kehlberg u. Co. durch Verhandlungen der Organisationsleitung mit den Inhabern beseitigt und hat die Wiedereinstellung der Streikenden bereits begonnen.

Die Differenzen in der Pianofortefabrik von Steinwah u. Sons sind ebenfalls nach Verhandlungen der Organisationsleitung mit der Direktion beseitigt. Mit der Wiedereinstellung des alten Arbeiterstamms ist bereits am Mittwoch, den 5. Oktober, begonnen. Die Sperrn über beide Betriebe werden hiermit aufgehoben.

In Herford haben die Kollegen der Kistenfabrik von Böker u. Henning ohne Arbeitseinstellung einen schönen Erfolg erzielt. Der Akkordpreis wurde sofort um 7 Proz. erhöht, der Lohn pro Tag um 30 Pf. Wenn man bedenkt, daß diese Branche in den letzten Jahren ganz besonders unter dem Tabaksteuergegesetz gelitten hat, so ist dieser Erfolg nicht zu unterschätzen. Hoffentlich wird dies für die Kistennacher ein neuer Ansporn sein, die Organisation besser auszubauen.

In Herzschdorf i. Riesengeb. erzielten die Korbmacher durch ihre Lohnbewegung einen schönen Erfolg. Ein Vertrag, laufend bis 1. September 1912, bringt die Verkürzung der Arbeitszeit von 12 auf 10 Stunden täglich sowie unter anderem auch einen Akkordtarif mit einer Erhöhung der Akkordpreise um durchschnittlich 10 Proz.

In Liegnitz wird der Klavierarbeiter streikt in verschärfter Weise fortgesetzt, nachdem der unternommene Versuch einer Verständigung von den Unternehmern abgelehnt worden ist. Die Firma Seiler sucht in allen möglichen Zeitungen nach Tischler, Polierer usw., welche dem Deutschen Holzarbeiterverbande nicht angehören. Wir sehen bei jedem Kollegen soviel Erfahrung voraus, daß er Liegnitz auf alle Fälle meiden, vor allem aber in seinem Klavierbetrieb in Arbeit tritt.

In Mühlhausen i. Elf. sind 230 Tischler ausgesperrt worden. Zugang ist fernzuhalten.

In Oberhausen (Rhld.) befinden sich die Kollegen in einer Lohnbewegung. Die Forderungen, welche sämtlichen Schreinermeistern am Orte unterbreitet wurden, betreffen hauptsächlich die Arbeitszeitverkürzung von 10. auf 9½ Stunden täglich und einheitliche Regelung der Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse. So viele Werkstätten am Orte vorhanden sind, so verschiedenartig sind die Verhältnisse. Eine Antwort auf die Forderungen ist noch nicht erfolgt, so daß wohl mit einer Arbeitseinstellung gerechnet werden muß. Wir bitten um Fernhaltung des Zuganges.

In Saarbrücken, Brebach und Luisenthal geht der Streik weiter. Es fanden wohl mehrere Verhandlungen statt, die jedoch resultlos verließen, da der Arbeitgeber und für das Baugewerbe es nicht zuläßt, daß die Schreinermeister eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden die Woche zugestehen. Alle Versuche, Streikbrecher von auswärtig herbeizuziehen, sind bis jetzt fehlgeschlagen. Ebenso ist es den Arbeitgebern samt ihrem Gewerbeverein für das Baugewerbe nicht gelungen, einen Teil in die Streitenden zu treiben. Die Zirkulare und Notizen in der bürgerlichen Presse haben ihre Wirkung verfehlt. Die Streikenden sind fest entschlossen, den Ihnen aufgezwungenen Kompaß mit aller Energie zu Ende zu führen. Der Zugang ist darum strengstens fernzuhalten.

In Schmölln (S.-A.) reichten am Sonnabend sämtliche bei der Firma G. Niedmann u. Co. (Hornknopffabrik) beschäftigten Arbeiter die Kündigung ein. Veranlassung hierzu geben wiederholte seitens der Firma vorgenommene Führungsleistungen und die geringfügige Behandlung der Belegschaft vor vier Wochen geteilten Eingabe um Lohnanhebung. Die in den anderen 14 Firmen (Horn- und Steinknopffabriken) zu gleicher Zeit eingetretene Vorlage kann ebenfalls noch ihrer Erledigung. Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß die Arbeitgeber große Lust verspüren, mit dem Feuer zu spielen. Der Zugang wird strengstens gewahrt.

In Speyer ist der Streik nach 19wöchiger Dauer beendet. Durch Vermittelung des Gewerberats König-Speyer wurde ein Vertrag mit 55stündiger Arbeitszeit und 30 Pf. Lohnverhöhung abgeschlossen. Der Mindestlohn beträgt im ersten Gesellenjahr 80 Pf., im zweiten Gesellenjahr 35 Pf. und von da ab 40 Pf. pro Stunde. Die Nebenstunden werden mit 10 Pf. Nachtstunden mit 20 Pf. Buschtag verfügt. Ferner wird eine Bauauslage von 8 Pf. pro Stunde bezahlt, sowie Buschläge für Umlauf, Klavier- und Klavierschranktransport. Vorläufig ersuchen wir die Kollegen, den Zugang noch fernzuhalten, da die Streikenden noch nicht wieder alle untergebracht sind.

In Steglitz dauert der Streik der Tischler schon 8 Wochen, da seine Beendigung ist über noch nicht zu denken. Die Arbeitgeber weisen noch immer jedes Entgegenkommen ab, während unsere Kollegen nicht davon denken, sich auf Gnade oder Ungnade zu ergeben. Zugang ist auch weiter fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Der vorläufige Arbeitsnachweis für die Hamburger Holzindustrie wurde am 1. Oktober in dem für den Zweck eingerichteten Local, Bödmanstraße 41, feierlich eröffnet. Die Anerkennung dieses Nachweises bedeutet für die Unternehmer eine harde Prise. Sie haben sich energisch dagegen gewehrt, aber schließlich anerkennen müssen, daß es für die Dealer nicht angeht, sich dem Fortschritt entgegenzustemmen. Diesem Gedanken galt auch der Obermeister Mogenste in in der Rede Ausdruck, die er bei der Eröffnung des Nachweises hielt. Er wies darauf hin, daß es der Innung nicht leicht geworden sei, ihren Arbeitsnachweis, den sie 30 Jahre lang befreit hatten, aufzugeben. In dem nun errichteten partikulären Arbeitsnachweis würde bei der Arbeitsvermittlung streng gerecht und unpartizipativ verfahren werden. Dem Wunsche des Obermeisters, daß der Arbeitsnachweis gute Früchte tragen werde, schloß sich auch der Bevollmächtigte unserer Hamburger Bahnhofsstelle, Kollege Monberg, an, der im Anschluß daran noch eine kurze Ansprache an die Versammelten hielt. In die Listen des Nachweises lieken sich sofort 668 Arbeitslose eintragen; vermittelt wurden am ersten Tage 24 Stellen.

Die Pianofortefabrik Gebr. Stimmermann in Mölln bei Leipzig steht auf ein gutes Geschäftsjahr zurück. Die Betriebe in Mölln sowohl als auch in Eilenburg sind während des ganzen Jahres stetig beschäftigt gewesen. Der Umsatz ist gegen das Vorjahr wesentlich gestiegen, indem 1818 Pianos mehr als im Vorjahr verkauft werden konnten. Der Fabrikationsgewinn beträgt 784 278 M. (im Vorjahr 488 112 M.); einschließlich 84 403 M. (i. V. 12 427 M.) Vortrag ergibt sich ein Neingewinn von 876 305 M. (227 728 M.). Hierüber wurde nach entsprechender Dotierung verschiedener Fonds 63 780 M. (35 825 M.) für Lantien und 210 000 M. zur Ausschüttung einer Dividende von 15 Proz. (10 Proz.) verwendet. "Für das neue Geschäftsjahr", heißt es in dem Bericht, "sichern uns die bereits jetzt vorliegenden Aufträge eine weitere günstige Entwicklung und Ausnutzung unserer beiden Betriebe zu; in den ersten beiden Monaten sind wiederum 301 Pianos mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs zum Verkauf gelangt."

H. Fuchs Waggonfabrik, Aktien-Gesellschaft, Heidelberg. Nach dem Geschäftsbericht erbrachte das Geschäftsjahr 1909/10 nach 83 147 M. (im Vorjahr 86 738 M.) Umschreibungen einen Neingewinn von 316 680 M. (493 014 M.), aus dem wieder 12 Proz. Dividende, gleich 240 000 M., gezahlt werden sollen. Wie ferner mitgeteilt wird, liegen für das neue Geschäftsjahr zwar Aufträge in fast gleicher Höhe wie im Berichtsjahr vor, doch seien die Preise schlecht, zumindest sich die Rohmaterialienpreise in aufsteigender Richtung bewegen.

Gewerkschaftliches.

Internationale Gewerkschaftscongresse.

Ungefähr des Internationalen Sozialistencongresse haben wie die Holzarbeiter so auch eine Reihe anderer Betriebe internationale Konferenzen in St. Omerenhausen abgehalten. Nachstehend beginnen wir mit der Wiedergabe der wichtigsten Beschlüsse, die auf diesen Konferenzen geschlossen wurden.

Auf der internationalen Konferenz der Bäderer, die am 26. und 27. August tagte, waren acht Landesorganisationen vertreten. Dem Internationalen Sekretariat, an dessen Spitze Mann-Hamburg steht, sind 16 Organisationen mit 65 709 Mitgliedern angegeschlossen. Die Konferenz beschäftigte sich mit der separatistischen Bewegung der Tschechen und beschloß, die Separatisten aus der internationalen Organisation auszuschließen. Es wurde ein Regulativ geschaffen, in welchem unter anderem der Übertritt reisender Mitglieder und deren Unterstützung geregelt wird. Die in den einzelnen Organisationen bestehenden Unterstützungsseinrichtungen sollen übersichtlich zusammengestellt und in deutscher, französischer, englischer und dänischer Sprache gedruckt herausgegeben werden. Der Jahresbeitrag zum Internationalen Sekretariat wurde auf 3 Pf. pro Mitglied festgesetzt. Als Internationaler Sekretär wurde Altmann-Hamburg wiedergewählt und ihm ein Beirat beigegeben, dem je ein österreichisches und standinavisches Mitglied angehört.

Die Internationale Konferenz der Bäderer wurde am 27. und 29. August abgehalten. An ihr nahmen Vertreter von 13 Organisationen mit 450 000 Mitgliedern teil, die sich auf 11 Länder verteilen. Dem in deutscher, französischer, italienischer und schwedischer Sprache gedruckten Bericht des Internationalen Sekretärs Bömelburg waren auch instruktive Berichte aus den einzelnen Ländern beigegeben, in welchen außer dem Stand der Verbände auch ihre inneren Einrichtungen geschildert werden. Derartige Berichte über die Entwicklung der Organisationen sollen alljährlich herausgegeben werden. Der unentgeltliche Übertritt der Mitglieder der angeschlossenen Organisationen bleibt in der jetzigen Weise bestehen. Danach gilt eine Ausnahme für die standinavischen Maurerverbände insoffern, als diese nur solche Mitglieder aufnehmen, die sich durch Lehrbrief oder Qualifikations-

attest ihres Verbandsvorstandes als geprüfte Maurer ausweisen können. An dieser Einrichtung halten besonders die Dänen fest, da die Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf dieser Grundlage aufgebaut sei. Gegen die tschechischen Separatisten nahm die Konferenz in einer Resolution Stellung. Der Beitrag wurde auf 2 Pf. pro Mitglied und Jahr festgesetzt und als Internationaler Sekretär Bömelburg-Hamburg einstimmig wiedergewählt.

An der Internationalen Konferenz der Bäderer arbeitete, die am 2. September stattfand, nahmen Vertreter aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Dänemark und Schweden teil. Hier führte der Lohnkampf in der Schweiz zu lebhaften Auseinandersetzungen. Nach festeren Abmachungen hätte die Unterstützung international geregelt werden sollen; die Amerikaner haben aber ihren auf 12 000 Dollar bemessenen Anteil nicht gezahlt, so daß Deutschland und Österreich zu den pflichtgemachten 40 000 Mark bzw. 15 000 Kronen weitere 12 000 M. bzw. 6000 Kronen beisteuern mußten. Der schweizerischen Organisation wurden wegen ihrer Taktik und der ungenügenden Information scharfe Vorwürfe gemacht. Künftig soll die Gewährung der internationalen Unterstützung dabei abhängig gemacht werden, daß vor der Bewegung der Rat des Internationalen Sekretärs eingeholt wird. Von der Schaffung eines internationalen Streifunds wurde Widerstand genommen. Wie auf den anderen internationalen Gewerkschaftskonferenzen, so wurde auch hier das Vorgehen der tschechischen Separatisten entschieden verurteilt. Als Sekretär wurde Scheel-Berlin wiedergewählt.

Die internationale Verbindung der Bäderer umfaßt nur Deutschland, Österreich und die standinavischen Länder. An der am 2. und 3. September abgehaltenen Konferenz nahmen außerdem noch Vertreter aus Finnland und Bulgarien teil. Die Konferenz beschäftigte sich mit dem Ausbau der internationalen Beziehungen. Insbesondere wurde der losenlose Übertritt beschlossen; doch sollen die übergetretenen Mitglieder nur in den Genuss solcher Rechte treten, die in den in Betracht kommenden Organisationen gleichzeitig vorhanden sind. Außerdem wurde ein Regulativ für die Tätigkeit des Internationalen Sekretärs geschaffen. Mit dieser Funktion wird Brey-Hannover wieder betraut.

(Fortsetzung folgt).

Einen am offiziellen Sozialverschöpfel legten sich die christlichen „Holzarbeiter“ in seiner letzten Nummer. Er erzählte seinen gläubigen Lesern, daß die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909 19 204 Mitglieder gewonnen hätten, während bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften die Mitgliederzahl in diesem Jahre nur um 200 größer war als 1908. Daraus schließt der „Holzarbeiter“, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften im Zeichen des Krebsgangs stehen, während sich die Zentrumsgewerkschaften im Aufschwung befinden. Dass der Kreis der Gründer der ultramontanen Gewerkschaftsbewegung, die hofften, daß ihr Kind bald alle anderen Organisationen überflügeln würde, sich seiner Erfüllung nährt, wird später nicht direkt ausgesprochen, aber man überläßt es dem Leser, sich das zu ergänzen.

Mit dieser Hoffnung ist es aber Eßig, denn der christliche „Holzarbeiter“ hat in gewohnter Weise das Gewissen der Wahrheit behauptet. Die christlichen Gewerkschaften haben allerdings nach ihren Angaben ihre Mitgliederzahl von Ende 1908 bis Ende 1909 von 260 767 auf 280 061, also um 19 294 gesteigert. In dem gleichen Raum hatten aber die Zentralverbaudie ihre Mitgliederzahl von 1 707 063 auf 1 892 668, also um 94 605 erhöht. Die Freien Gewerkschaften haben also nicht, wie der christliche „Holzarbeiter“ behauptet, eine Zunahme von 900 Mitgliedern oder 0,49 Proz., sondern sie haben sich um 94 605 Mitglieder oder 5,2 Proz. vermehrt. Die Christen haben allerdings eine Mitgliedersteigerung um 7,3 Proz. zu verzeichnen. Über dieses Steigerungsverhältnis ist nicht gut vergleichbar. Dazu sind die absoluten Zahlen der Christen zu klein.

Der christliche „Holzarbeiter“ sagt dann weiter: „Auch die Einnahmen und die Kassenbestände haben sich bei den christlichen Gewerkschaften bedeutend besser entwickelt als die der Sozialdemokraten.“ Was es damit auf sich hat, zeigt die nachfolgende Zusammenstellung:

	Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt 1909	Gesamt-Einnahmen 1909	Auf den Stoff des 31. Dezemb. 1909 gedecktes Kapital des	Kassenbestand am 31. Dezemb. 1909	Mitgliederzahl am 31. Dezemb. 1909
Freie Gewerkschaften . .	1 892 667	50 519 114	27,57	48 480 982	28,73
Christlich. Gewerkschaften	270 751	4 812 920	17,07	5 808 838	19,81

Die Christen müssen sich also noch sehr anstrengen, wenn sie die Leistungsfähigkeit der Freien Gewerkschaften auch nur annähernd erreichen wollen. Dass sie es trotzdem verlebt, den Mund recht voll zu nehmen, ist eine bekannte Tatsache, aber sie sollten sich doch hüten, die Agitationen, mit denen sie in den Versammlungen hausieren gehen, auch in der Presse wiederzugeben. Wenn dann werden die Dinge sehr schnell erklärt als das was sie sind, nämlich als christlicher Schwund.

Der Kampf auf den Seeschiffswerften ist noch nicht beendet. Nach den Vereinbarungen der Werksvertreter hätte die Arbeitsaufnahme am Montag, den 10. Oktober, erfolgen sollen. In den Versammlungen der Ausgesperrten mache sich jedoch eine heftige Opposition gegen die Annahme der Zugeständnisse bemerklich, und die Wiederaufnahme der Arbeit wurde nur mit sehr geringen Mehrheiten beschlossen. Die Arbeitsaufnahme ist aber am Montag nicht erfolgt. Nach den vorliegenden Zeitungsmeldungen sind die Schwierigkeiten hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß nur ein Teil der ausgesperrten Arbeiter wieder eingestellt werden soll. Ob diese neuen Differenzen ernsthafte Folgen haben, können wir noch nicht beurteilen, zumal uns direkte Nachrichten über den Stand der Dinge nicht zugänglich geworden.

Anzeigen.

Chemnitz. Bureau: Dresdenstraße 28 v. 8.00 bis von 10-1 Uhr vormittags und von 5-7½ Uhr nachmittags. Dasselbe Arbeitsnachweis von 10-11 Uhr vormittags. Umzuhauen strengstens verboten.

Hamburg. Der parlamentliche Arbeitsnachweis ist am 1. Oktober 1910 eröffnet und besteht sich Hamburg, Böckmannstraße 41. Für den gewöhnlichen Vertrag gesucht von vormittags 8 bis 1 Uhr. Telefon Gruppe III, 4490 und Gruppe I, 2710.

Dresden. Unschäben im Fahrtentgangsbereich Hamburg-Altona, Wandsbühnd und Schlossberg strengstens verboten. Die Einstellung der Vertragsbranchen darf nur durch den parlamentlichen Arbeitsnachweis erfolgen.

Elberfeld. Der parlamentliche Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe zu Elberfeld befindet sich Elberfeld, 28 und gesucht vertrag abends von 10½ Uhr an. Die gesetzliche Arbeitsnachweiserfolgt erfolgt nur durch diesen Arbeitsnachweis. Umzuhauen ist streng verboten.

Der Arbeitsnachweis für die Möbelindustrie zu Elberfeld, Unterstraße 11, ist gesperrt.

Pforzheim. Arbeitsnachweis, Arbeitslosenkontrolle und Hilfeunterstützung beim Kollegen Johann Bauer, Mittelstraße 22 II. Umzuhauen streng verboten. Auskunft über örtliche Verhältnisse erstellen der Deputationsleiter M. Glümer, Deutliche Karl-Friedrichstraße 99 III und der Nassauer G. Schönenmann, Schloßhofstraße 1 II.

Werdau, Sachsen. Der Arbeitsnachweis bestellt sich Steinbachstraße 6 I links. Es wird erlaubt, nur durch diesen Arbeit anzunehmen. Das Umschauen ist verboten.

Wuppertal. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Möbelmeister, Drechsler und Wagner befindet sich beim Kollegen Einzer, Bergmannstraße 28, dort kann umzuhauen ist strengstens verboten. Die Werkstattleitung wird im Gewerbehofhaus, Weststraße 41, ausgebaut. Am Vormittag abends 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Reutlingen. Arbeitsnachweis Höherstraße 60, Umzuhauen strengstens verboten.

Oscar Morgenstern, Tischler aus Döbeln in Sachsen, seine Adresse sofort an die Verwaltung in Berlin mitzuleisten. Verwaltungen, denen die Adresse des Kollegen Stiller (Buch. 38249) aufgeführt ist, Berlin, befannen M. werden um Angabe seiner Adresse gebeten. Drisverwaltung Berlin.

Holzwaren. Tüchtiger selbständiger Werkmeister

gesucht. Offeren sub D. 8834 an Haasestein & Vogler M. G., Frankfurt a. M.

Zum sofortigen Eintritt suche noch 2 bis 3 tüchtige Schreiner in dauernde Stellung.

Ernst Strobel
Uhrengehäuse und Holzwarenfabrik
Wolterdingen, Baden.

2-3 tüchtige Möbelschreiner finden
dauernde und gutbezahnte Stellung bei

G. Bühl, Möbelfabrik, Spaichingen.

2 Tischlergefäßen gesucht auf weiße
Kastenmöbel, saubere Arbeit wird verlangt.
Dauernde Beschäftigung.

G. Kieck, Möbelstischerei mit elekt. Betrieb
Wismar, Wittenbergsstr. 9.

2 Möbeltischler, die furchtete Arbeit
nach Beidung sauber herstellen, können für
dauernd gesucht, sofort eintreten. Verheiratet,
Hevogtigt.

Joh. Fack, Möbelstischerei mit Kraftbetrieb
Mendorf-Graudenz.

Wir suchen sofort einen tüchtigen Möbel-
tischler auf eichene Möbel, ferner einen
Stuhlbauer für feinere Stühle nach Beidung.
Wettbewerber Ihnen verheiratet sein.
Gebücher Dreher, Harsfelder Werkstätten
Harsfeld, Hannover.

Wer sofort für dauernde Arbeit gesucht
sollt und sauber arbeiten.

Möbeltischler

nur tüchtige, gewandte und zuverlässige
Leute wollen sich melden.

Robert Lange, Möbelfabrik
Werdau in Sachsen.

Tüchtigen, selbständigen Maschinen-
tischler sucht

M. C. Brinken, Hadersleben.

2 lebige Tischlergefäßen finden dauernde
Beschäftigung bei hohem Lohn.

G. Breitwieser, Bau- u. Möbelstischerei
mit Kraftbetrieb, Quarz, bei Liegnitz.

Die Tischler ist günstige Gelegenheit, eine
Tischlerei u. Möbelhandlung zu über-
nehmen, nur kleine Kapital erforderlich.
Sicheres hohes Einkommen. Ausl. erteilt
G. Schmidt, Olsenburg i. Gr. Jn. Damm 7.

Stuhlbauer
auf besondere Stühle sucht

G. Hentschel, Stuhltischerei
Cappenberg, Hannover.

Für meine Spezialfabrik (Backmulden)
suche per sofort einen tüchtigen Stellmacher
(Kraftbetrieb) bei gutem Lohn.

G. Besse, Braunschweig a. S.

Policier für dauernde Beschäftigung
gesucht.

G. Kritische & Co.,
Fagusmöbelfabrik, Liegnitz 1.

Der Drechsler auf Holz bietet sich Ge-
legenheit, mit wenig Kapital sich selbstständig
zu machen. Arbeit wird reichlich nachgewiesen.
Fest. art. G. F. 229a d. Exped. b. Sta. erh.

Erfahrener Möbelbauer für dauernd
gesucht.

M. Hille, Möbelfabrik,
Neugersdorf 1. Sa.

Holzbrechster-Gesuch.
Wegen Vergänglichkeit findet ein tüchtiger
Drechsler, der auf Stühlen, Klischee u. Wasen ein-
gearbeitet ist, dauernde Stellung bei gutem
Lohn. Antritt zum 24. Oktober 1910.

Fr. Bruer, Holzwarenfabrik, Metzelsb., Holst.
Drechsler auf Massenartikel findet lohnende,
dauernde Stellung bei

G. Greiner, Neuses v. Coburg.

Tüchtige, flotte Einleger finden dauernde
Arbeit bei hohem Lohn.

M. Schlesinger, Stockfabrik, Eschwege.

2 tüchtige Korbmacher
auf Mattarbeit gesucht.

Josef Henrich, Korbmacher
Schwanheim a. Main, Querstr. 81.

Einige Korbmacher auf grün-geschlagen
und Mattarbeit stellt sofort ein.

Korbwarenfabrik Richard Thieme
Hilfsl. Halle a. S., Monsfelderstr. 48.

Jünger Korbmacher auf großgeschl. leicht
Mohr- und etwas Gestellarbeit in dauernde
Stellung gesucht. Höchster Allordlohn oder
24 bis 27 Mt. Wochenlohn.

Perm. Mandelwig, Velbert, Rhld.
Ich suche einen Korbmacher gesessen
auf grün und weiß geschlagen Arbeit per
sofort. Wochenlohn je nach Leistung.

S. Kluge, Korbmachermeister
Gommern, Bez. Magdeburg.

Gesucht per sofort 2 Korbmacher auf
Mattarbeit.

Ludw. Behsen, Trittau i. Holst.

Jünger Korbmacher auf Sechslag- und
Mohrarb. gut eingearb. sucht sich auf Gestell
auszubilden. Geschätzte Angebote mit Be-
dingungen an die Expedition dieser Zeitung
unter R. A. 230 erbitten.

Tüchtige Gesellen auf grün-Geschlagen
stellt sofort ein.

W. v. v. Schindler, Marktstadt, Sa.
8 tüchtige unsichterne Korbmacher auf grün
Gematt und Geschlagen für sofort gesucht.

Paul Winkler, Hirschdorf i. Holst.

Almanach BBB
für das Jahr 1911
Taschenkalender für die Verwaltungen
und Mitglieder des Verbandes

Der Almanach ist der beste Gewer-
keitskalender, der uns zu Gehört kommt.
Er kann für alle ähnlichen Unter-
nehmungen als Müller dienen.
(Metallarbeiter-Zeitung)

Ein durch Vielseitigkeit des Inhalts,
Objektivität und gehobene Anordnung
gleich ausgezeichnetes, lehrreichen Blatt.
(Soziale Praxis.)

Der Kalender gehört zu denjenigen
unter den deutschen Gewerkeitskalen-
dern, die am geschicktesten zusammen-
gestellt und redigiert sind.
(Frankfurter Volksstimme)

„Es ist ein alter lieber Bekannter, der
uns da in gefühlvollstem Format und
ködner Ausstattung vorliegt.“
(Düsseldorfer Volkszeitung)

Der neue Almanach erscheint Ende
Oktober. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Die alte Holzarbeitergewerkechaft in
Dresden (mit Bild). Der Deutsche Kör-
arbeiterverband. Eine schwarze Liste von
1792. Wilhelm Schweppendek (mit Bild).
Fingerzeige für Reisen ins Ausland. Strecke
im Faubourg von Paris (mit Bild). Die
gebrauchlichsten Möbelmalerei. Gute Rat-
schläge für Redner usw. usw.

Wir bitten die Zahlstellenverwaltungen,
ihre Bestellungen nunmehr umgehend an
uns einzulenden.

Verlagsanstalt
des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Alles zur Laubsägerei!

Kerbshützer und
Holzbrandmälerei
liefern allerbilligst!
J. J. Hahn (1901)
Katalog gratis u. franko!
Laubsägetanz U. M. O. D.

Erstkl. Tischler-Fach-Kurse Dresden-A.

Ausgab. 1. Werkstat., Technik, u. Design (frank. 100,-
mäßig). Direkt Max Gemperlein, Konzernzentrale 8.

Für die Angehörigen der
Sitzmöbelbranche

die um ihre Weiterbildung bemüht sind,
bringt das

Fachblatt für Holzarbeiter
ständig wertvolle Anregungen.

Am Geplantebericht behandelt Paul
Westheim den Stuhl in seiner geschichtlichen
Entwicklung.

Das reich ausgestattete Heft
wird den hochreichen Werttag eines jungen
Holzhandels über Aufbau der Sitzmöbel
und Sessel nicht kontraktionsbedingt bringen.
Rücksicht auf die Ausbildung bringt dies.

Werkstoffkonstruktionen. Von G. August,
Gewerberat. Von Paul Westheim.
Die Anwendung gebräuchlicher Materialien,
u. d. i. m.

Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint
monatlich. Das Abonnement kostet pro
Monat 10 Pf. berechnet.

Bestellungen sind an die Druckver-
waltung oder das Postamt zu richten
oder direkt an die Verlagsanstalt des
Deutschen Holzarbeiterverbandes Berlin C.
Neue Friedrichstraße 2.

ausbägerei

Stabschneiderei: Holzbrandmaleret

liest mit billigen Säml. Werkzeugen, Vorlagen,
u. a. J. Brendel, Kutterstadt 95, Pfalz.

Stabsch. Katalog gratis u. franko.

Laubsägeholz von 1 Mark an.

Bieglast. Patent Nr. 208492

Diese Feinlage für Linsen u. Rechteckrahmen zu sanzen
in ein Werkzeug. Durch alle einfache Geschäfte zu beacht-
en. Gegen u. Werkzeugfabrik Bieglast, Nürnberg.

Stüddutsche Schreiner-Fachschule

Nürnberg, Kirchnerweg 14. • Kreisklassige Lehranstalt.
Dir. Carl Naumann.

1 bis 12 monatliche Kurse.

Unter meiste Leitung sind bisher über
2000 Schüler

im Alter v. 17-40 Jahren ausgebildet.

Programm frei. Director Vokelung.

Ersatz des Fachschulbesuches

Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld: **Wohrmeyermeister, Holzbildhauer, Kunst- u. Möbeltischler, Baumeister.**

Anerkennungsabschriften und Ansichtssendungen bereitwillig ohne Kaufzwang. Bonness & Hachfeld, Potsdam W. 10.

B. Kolscher's : Fachschule Detmold ::

für Tischler u. für gewerb. Zeichnen

Exterstrasse, Ecke Grabenstrasse.

In 3 Monaten: Ausbildung zum Werk-
führer und Techniker. In 6 Monaten: Aus-
bildung zum Zeichner und Buchhalter.
Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie
Abschlussprüfungen. Eintritt jederzeit.
Auskunft durch die Direktion. B. Kolscher.

Tischler-Schule Blankenburg

1 bis 12 monatliche Kurse.
Unter meiste Leitung sind bisher über
2000 Schüler

im Alter v. 17-40 Jahren ausgebildet.

Programm frei. Director Vokelung.

Tischler-Fachschule Detmold

gegründet 1893. Städ. Schul-
gebäude, Meister, Werkmeister,
Zeichner, Große Hörr- und
Zeichen-Säle, u. u. Werkstätten.

Programme frei. Director Vokelung.

DIREKTOR BRECHT.

D. R. P. Nr. 168 433 —

Patent-Abziehsteine

aus Schmirgel, Diamantin, Carbosilit, Corund.

Unerreicht an Härte, werden nie stumpf. Für Öl und Wasser.

Volle Garantie für jeden Stein.

2,50 Mk.

2, " "

Unentbehrlich für jeden Tischler. Ein Versuch führt zu dauernder Nachbestellung.

Schmirgelscheiben für alle Zwecke.

Versand gegen